Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4.50 zł, mit Zustellgeld 4.80 zł. Bei Postbezug monatl. 4.89 zł, vierteljährlich 14.66 zł. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zł. Danzig 3 G.. Deutschland 2.50 RM. — **Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr.** Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung 2c.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — **Fernruf Nr. 594 und 595.**

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 gr, die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr, Danzig 10 bzw. 80 Dz.Pf., Deutschland 10 bzw. 70 Pf.. übriges Ausland 50%, Aufschlag. — Bei Platzvorschrift u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. **Postscheckkonten: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.**

Nr. 17 — **Bromberg, Dienstag, den 23. Januar 1934** — **58. Jahrg.**

Zur kirchlichen Lage.

Der bewährte und jetzt besonders wichtige Grundsatz, daß man reichsdeutsche Organisationen und Formen im Auslandsdeutschtum nicht nachahmen darf, hat sich auch auf kirchlichem Gebiet als richtig erwiesen. Mit großen Hoffnungen sahen desseits und jenseits der Grenze viele den „Deutschen Christen" entgegen. Man erwartete von ihrer Tatkraft eine stärkere Volksverbundenheit der Kirche, eine entschiedenere volksmissionarische Haltung und glaubte, daß dadurch das ganze Volk besser mit den Kräften des Evangeliums durchdrungen werden würde. Diese Hoffnungen sind schwer enttäuscht worden. Im ersten Anlauf ist es zwar gelungen, die langersehnte einheitliche Deutsche evangelische Kirche zu schaffen. Diese Kircheneinheit hat inzwischen manche Belastungsprobe überstanden, von dem bedauerlichen Streit um den Reichsbischof und den Staatskommissaren angefangen, bis zu der verheerenden Sportpalastversammlung, die sogar die Grundlagen des Bekenntnisses, der Bibel und des Evangeliums, anzutasten wagte. Daß die Kirche das alles überstanden hat, ohne sich wieder in ihre einzelnen Teile aufzulösen, ist ein Zeichen, wie stark der Wunsch nach einheitlicher kirchlicher Gestaltung überall ist.

Aber die große Krise ist noch nicht zu Ende. Die unheilvolle Sportpalastversammlung hat zwar geholfen, daß man sich weithin wieder auf die unverrückbaren Grundlagen der Kirche besann und sich trotz aller Drohungen zu mannhafter Verteidigung entschloß. Nach Möglichkeit vermied man es, den kirchenpolitischen Streit in die Gemeinden zu tragen und die Gesamtheit der Gemeindeglieder für diesen Kampf aufzubieten. Die Opposition begnügte sich, einen Pfarrernotbund zu gründen, in dem die Geistlichen für ihre Gemeinden Evangelium und Kirche verteidigen. Der viel umfehdete Bischof Hossenfelder hat inzwischen alle seine Ämter niedergelegt, aber das Gleiche haben auch die Mitglieder des Kirchenministeriums getan, das seitdem viele Wochen nicht mehr besetzt werden konnte. Damit war die gesetzgeberische Tätigkeit der Kirche gelähmt. Gegen die Kirchengesetze, die der Reichsbischof trotzdem erließ, haben die Bischöfe der Landeskirchen Einspruch erhoben, so daß sie wieder aufgehoben werden mußten. Selbst dem Reichsbischof Ludwig Müller wurde in unmißverständlicher Weise der Rücktritt nahegelegt, besonders nachdem er die evangelischen Jugendvereine fast restlos in die Hitlerjugend aufgehen ließ. Inzwischen ist eine Art Burgfrieden geschlossen worden, der die Hoffnung geweckt hat, daß die kirchliche Lage baldigst geklärt werden soll.

Diesem Wunsche können auch wir uns nur anschließen, die wir mit Trauer und Beschämung den reichsdeutschen, kirchlichen Verhältnissen gegenüberstehen, ohne sie ändern zu können. Wir hatten gehofft, daß die kirchliche Bewegung eine innere Belebung unserer Mutterkirche herbeiführen und daß dies seine Rückwirkungen auch auf die hiesigen Gemeinden haben würde, im Sinne einer stärkeren volksmissionarischen Einstellung, einer Art Erweckungsbewegung, die von bleibendem Segen für unsere Kirche sein würde. Wir sind wieder um eine Enttäuschung, aber auch um eine Erfahrung reicher. Wir dürfen uns nicht begnügen, die reichsdeutschen Fehler zu vermeiden, sondern müssen uns auf unsere eigenen Kräfte besinnen und durch doppelte Kirchentreue in unseren Gemeinden beweisen, daß wir hier in Polen keine sterbende Kirche sind, sondern eine lebende Kirche. Noch haben wir unsere evangelische Jugend. Wir wollen weiter durch treue Vereinsarbeit, durch Freizeiten und Konferenzen aller Art sie zu lebendigen Gliedern unserer Kirche machen, die da wissen, was sie an ihrem evangelischen Glauben haben. Die begonnene Männerarbeit muß gleichberechtigt neben die bisherige Frauenarbeit treten. Wenn wir einmal kirchlichen Stürmen und Erschütterungen von irgend einer Seite entgegengehen sollten, dann müssen Männer, Frauen und Jugend ihren Mann stehen und es verstehen, für ihre Kirche auch zu kämpfen und zu opfern. Wenn es so um unsere Gemeinden und um unsere Kirchen steht, dann hat es keine Not.

Lic. Dr. Kammel.

Auch Senator Evert

Gegner des kirchlichen Gesetzentwurfes.

Der als Feind des Deutschtums bekannte Senator Evert, der Präses der evangelischen Gemeinde in Warschau, hat ebenfalls im „Zwiastun Ewangeliczny" seine Stimme gegen den Warschauer Gesetzentwurf, der das Verhältnis von Kirche und Staat regeln soll, erhoben. Auch er betont, daß eine allzugroße staatliche Bindung und vor allem die Unterstellung unter die jeweilige Regierung für die Kirche nicht tragbar sei. Wörtlich sagt er: „Eine zu große Unterordnung der kirchlichen Rechte sieht zwar sehr patriotisch aus, aber nach längerem Zusehen erweist sie sich nur als sehr opportunistisch, und das ist selten von Nutzen. Es geht uns nämlich nicht um das Vertrauen der gegenwärtigen Größen, die unseren Staat regieren, denn das steht außerhalb aller Diskussion, sondern um eine rationelle und gerechte Verbindung der Kompetenzen der beiden wichtigsten Faktoren des öffentlichen Lebens und das für einen unbegrenzten Zeitraum."

Dieser Meinung des Herrn Evert können sich auch die deutschen evangelischen Kreise nur zustimmend anschließen, da sie ebenfalls eine solche Unterstellung unter die jeweilige Regierung als unmöglich ansehen. Herr Evert benutzt auch diese Gelegenheit seines Artikels, um die sogenannte deutsche „Indiskretion" und „Illoyalität" in der Kritik des Gesetzentwurfes anzugreifen und meint, daß der erste kleine Schneeball bereits zu einer riesigen Lawine angewachsen sei. Aber solch eine kirchliche Lebensfrage ist nun einmal keine Bagatelle, sondern muß als wichtige Hauptsache behandelt werden.

Während Herr Evert nur die Regierung dem Gesetz der Veränderung unterworfen sieht, wird in der anderen Warschauer evangelischen Zeitschrift „Głos Ewangelicki" von Pfarrer Tytz der Staat selbst als vergänglich angesehen, so daß die auf Christus und sein ewiges Wort gegründete Kirche sich nicht in zu große Abhängigkeit von ihm bringen solle. Er verlangt für die Kirche Freiheit der Verkündigung und Freiheit im Ausbau und in der Organisation.

Die auf den 6. und 7. Februar nach Warschau einberufene Pastorenkonferenz wird hoffentlich endlich eine Entscheidung bringen. Berechtigt ist aber auch daneben das Verlangen der Gemeinden in Kongreßpolen, ihrerseits ebenfalls gehört zu werden. So wurde in der „Freien Presse" gefordert, daß nicht nur die Pastoren und vereinzelte Laienstimmen sich gegen den Gesetzentwurf aussprechen sollten, sondern daß es nötig sei, Gemeindeversammlungen einzuberufen und auf diesen die entsprechenden Erklärungen abzufassen, wenn die Kirchenkollegien (so heißen in Kongreßpolen die Gemeindekirchenräte) dazu nicht willens und in der Lage sind.

pz.

*

Blutiger Ueberfall auf einen evangelischen Posaunenchor.

Erst jetzt wird bekannt, daß in dem kleinen Städtchen Rożyszcze in Wolhynien der kirchliche evangelische Posaunenchor am Neujahrsmorgen in übler Weise überfallen worden ist. Dort besteht die schöne Sitte, daß der Posaunenchor einen sogenannten Neujahrsumgang veranstaltet, die einzelnen evangelischen Familien besucht und ihnen als Gruß zum neuen Jahr einige Choräle bläst. Bei diesem friedlichen Werk, das vor dem Gottesdienst ausgeübt wurde, wurden die Posaunenbläser kurz vor dem Gottesdienst von einer Horde polnisch sprechender Burschen, die mit Messern und eisernen Stöcken bewaffnet waren, überfallen, wobei es leider nicht ohne Blutvergießen abging. Zwei Posaunenbläser wurden durch Messerstiche verletzt, zwei andere durch Stockschläge übel zugerichtet. Auch einige der teuren Blasinstrumente, die von der Gemeinde mit den größten persönlichen Opfern beschafft worden sind, wurden zerschlagen, so daß ein beträchtlicher materieller Schaden entstanden ist.

Noch mehr beklagt man aber in den deutschen evangelischen Kreisen von Rożyszcze, daß mit diesem durch nichts hervorgerufenen Überfall das friedliche Verhältnis arg gestört worden ist, das sonst die verschiedenen Volksstämme und Konfessionen, die in Wolhynien eng beieinander wohnen, verbindet. In der Geschichte der evangelischen Kirche in Wolhynien dürfte dies der erste Fall sein, daß der Friede auf solche bedauerliche Weise gestört worden ist.

Der Vorfall ist der Polizei und Starostei gemeldet worden, die eine gründliche Untersuchung und Bestrafung der Schuldigen in Aussicht stellten.

pz.

Vom ersten Reichsbauerntag in Weimar.

Der erste Reichsbauerntag, der am Sonnabend in Weimar begann, ist die erste große Kundgebung des Reichsnährstandes.

Staatssekretär Willikens eröffnete die Tagung mit einer kurzen Ansprache, in der er auf die Bedeutung der geschlossenen deutschen Bauernfront hinwies, die zum erstenmal im Dritten Reich zusammentritt. Staatsminister Wächtler-Weimar sprach Begrüßungsworte für die thüringische Regierung.

Dann ergriff Dr. Reischle das Wort zu einem Vortrag über das Thema

„Das Reichsnährstandgesetz."

Er führte u. a. aus: Während der Hochkonjunktur der Jahres 1927—29 hatten wir verhältnismäßig hohe Agrarpreise. Dennoch stieg die Verschuldung weiter an. Wäre das Erbhof-Entschuldungsgesetz bereits Tatsache, so wäre eine Verschuldung des bäuerlichen Grund und Bodens aus der Erbauseinandersetzung nicht mehr möglich. Auch eine Bodenverschuldung aus anderen Gründen kann nach dem Gesetz nur mit Zustimmung der Anerbengerichte eintreten. Damit ist jede neue Verschuldung des bäuerlichen Bodens abgeriegelt. Die Grundlagen für ein System neuer deutscher Handelspolitik sind gelegt. Allmählich werde sich ein ständiger echter Verrechnungsverkehr zwischen dem Bauer und seinen Abnehmern entwickeln. Dadurch werde eine ungesunde Pumpwirtschaft unnötig und unmöglich. Jetzt ist im Reichsnährstand erstmalig ein den industriellen Kartellen, Syndikaten, Konzernen gleichwertiger Partner entstanden.

Dann sprach Landgerichtsrat Dr. Wilhelm Saure, der Leiter der Rechtsabteilung im Stabsamt des Reichsbauernführers, über „Die Grundgedanken des Reichserbhofrechtes". Er erklärte u. a.: „Ein artfremdes und entartetes Recht habe den Bauern entwurzelt und den Boden mobilisiert, indem es ihn zur Ware auf dem „Immobilienmarkt" gemacht habe. Den Bauernhof, der sich bis dahin noch durch seine Unbeweglichkeit von einer sonstigen Vermögensmasse unterschieden habe, habe man im Zeitalter des Hochkapitalismus restlos „beweglich" gemacht durch Schaffung eines Wertpapierrechtes, das es ermöglicht habe, einen Bauernhof in Form eines Grundschuldbriefes in der Brieftasche zu tragen. Der Bauernhof sei aber mehr als ein bloßer Vermögensgegenstand. Er sei die unveräußerliche Lebensgrundlage des Bauerngeschlechts, den der jeweilige Bauer als Treuhänder seines Geschlechts und seines Volkes zu verwalten habe. Das Gesetz lege dem Anerben Verpflichtungen gegenüber dem Miterben auf, die auch den übrigen Kindern des Bauern die Schaffung einer Existenz sichern, soweit der Hof hierzu in der Lage sei. Zum Schluß betonte Dr. Saure, daß sich das Reichserbhofgesetz darauf beschränke, Richtlinien und Grundsätze aufzustellen. Seine praktische Durchführung sei in die Hände des Bauerntums selbst gelegt worden. Das Reichserbhofgesetz sei nicht nur seinem Inhalte nach ein Bauerngesetz, sondern auch die Anerbengerichte seien Bauerngerichte.

Ministerpräsident a. D. Walter Granzow sprach dann über „Neubildung deutschen Bauerntums". Aufgabe des Reichsbauernführers, so führte er aus, sei es, neues Bauerntum zu schaffen auf Grundlage des Gesetzes über die Neubildung deutschen Bauerntums und des Reichserbhofgesetzes. Bei richtiger Bemessung der Anbauflächen auf die einzelnen Fruchtarten ergibt sich eine Arbeitsverteilung, die alle im Sommer benötigten Hilfskräfte auch im Winter nützlich beschäftigt. Durch vielseitige, dem Klima und Boden angepaßte Eigenerzeugung verringert sich die Abhängigkeit vom Markt. Gleichzeitig wird die Stetigkeit der Erzeugung für den Verbraucher gesteigert. Bei der Schaffung eines Bauerntums mußte zunächst eine Auslese der Siedlungsträger vorgenommen werden. Wir müssen verlangen, daß sie die charakterliche Qualität gemeinnützigen Strebens erfüllen.

Die Reichsabteilungsleiterin Frau von Rheden, Hauptabteilung I des Reichsnährstandes, ging in ihrem Referat über die

„Aufgaben der bäuerlichen Frau im Dritten Reich"

von dem Gedanken aus, daß das Reich Hitlers im Natürlichen wurzelt. So muß dieses Reich zwangsläufig auf die Urzelle völkischer Kraft, die Bauernfamilie, zurückgehen. In diesem Zusammenhang wird Familie und Hof in sittlicher und rassisch-völkischer Bedeutung gesehen. Diese sittliche Wertung zeigt am klarsten das neue Erbhofgesetz. In den Höfen, in denen es als Nachteil empfunden wird, ist schon liberalistisches Denken eingezogen. Jetzt ist die Stunde gekommen, in der Bauer und Bäuerin Umkehr halten müssen zu ihren edelsten Aufgaben als Bluts- und Gesinnungserneuerungsquell des Volkstums. Diese Aufgabe fordert von den Bäuerinnen die Erhaltung der deutschen Rasse.

Freiherr von Kanne, der Reichskommissar für die Milchwirtschaft sprach über „Die Ordnung der Milchwirtschaft als Beispiel einer Marktordnung auf der Grundlage des Reichsnährstandgesetzes". Er erklärte u. a.: „Mit der Verantwortung für die Ernährung des deutschen Volkes trägt der Reichsbauernführer zugleich auch die Verantwortung bei der Regelung des Marktes landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Reichserbhofgesetz und Reichsnährstandgesetz bilden die Grundlage für die gesamte agrarpolitische Gesetzgebung. Ohne sie wäre eine Marktregelung nicht möglich. In den 5 Jahren vor der Machtergreifung durch Adolf Hitler ging die Roheinnahme der Landwirtschaft von 9,3 Milliarden auf 6 Milliarden zurück, während der Verbraucher trotzdem 18 Milliarden RM. für landwirtschaftliche Erzeugnisse anlegen mußte. Die angestrebte Marktordnung sieht die Regelung der Erzeugung, eine sinnvolle Verteilung und einen gerechten Preis der Produkte vor. Die Preisentwicklung zeigt den Erfolg der Maßnahmen. Der Werkmilchpreis ist um 50, teilweise sogar um 100 v. H. gestiegen. Zur Durchführung der Maßnahme wurden 15 Milchwirtschaftsverbände gebildet, die lediglich nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten eingeteilt wurden. Auf diese Weise wurde an die Senkung der Handelsspannen herangegangen.

Dr. Kräutle, der Reichshauptabteilungsleiter II, sprach über „Die Bodenständigkeit der Bauernwirtschaft" und führte etwa folgendes aus: Der Bauer und seine Wirtschaft sind nur lebensfähig, wenn sie bodenständig sind und wenn der Verkehr mit der Umwelt nicht Hauptsache ist. Die Voraussetzung für eine neue Bodenständigkeit ist im Erbhofrecht geschaffen. Die Bodenständigkeit der Erzeugung ist gegeben, wenn Ackerbau und Viehhaltung so organisiert sind, daß nur das, was Natur und Verwertungsmöglichkeiten wirklich zulassen, erzeugt wird. Eine bodenständige Wirtschaft kann nur erreicht werden, wenn die wirtschaftseigenen Kräfte wesentlich über das heute gegebene Maß hinaus entwickelt werden.

Wir Bauern.

Wir Bauern, das lassen wir uns nicht nehmen,
Wir brauchen uns nicht des Lebens zu schämen.
Und sind wir Knechte der Arbeit nur,
Wir kommen dem heimlichen Glück auf die Spur.

Wir wissen, wie's der Frühling meint,
Wenn seine Sonne den Anger bescheint;
Wir hören im Wald der Käfer Gesumm,
Das Herz will singen, der Mund bleibt stumm.

Wir atmen den Ruch der Scholle ein
Und müssen wieder stille sein,
Wir wischen den Schweiß uns vom Gesicht,
Und blicken ins rote Morgenlicht.

Wir Bauern schaffen mit schwerer Hand,
Wir halten Sturm und Wetter stand.
Wir seh'n wie der Hagel die Halme fällt —
Der Acker wird schweigend neu bestellt.

Wir ahnen, was die Tanne klagt,
Wenn tief im Holz die Säge nagt.
Wir plaudern mit dem jungen Baum
Und gönnen ihm den Frühlingstraum.

Wir schaun nicht weit nach Ost und West,
Wir hangen am Heim, wir hangen am Nest.
Der Hütte Zauber, des Ackers Schweigen,
Sie sprechen zu dem nur, dem beide eigen.

Wir Bauern, das soll uns keiner nehmen,
Wir brauchen uns nicht des Lebens zu schämen.
Das heimliche Glück gibt heimlich nur,
Doch wandelt es gern auf einsamer Flur.

Alfred Huggenberger.

Reichskommissar Daßler führte zu dem Thema

„Getreidepolitik einst und jetzt"

u. a. folgendes aus: Die deutsche Getreidewirtschaft wurde von 1918 bis 1933 von der SPD beeinflußt. Auf dem Gebiete der Brotgetreidewirtschaft wurde das Geld zum beherrschenden Faktor erhoben. Dies wurde erst anders nach der Machtübernahme durch Hitler. Die reichsseitigen Aufgaben wurden einer Reichsstelle für Getreide übertragen, die die Ernten in geordnete Bahnen lenkte. Die Börsen wurden von Fixern und Getreideschiebern gereinigt, das Getreidenotierungswesen wurde geändert und das Getreide-Termingeschäft verboten. Eine der wichtigsten Maßnahmen war der Erlaß des Festpreisgesetzes für Roggen und Weizen. Durch Abkommen mit den Weizenmühlen wurde der Weizenmarkt entlastet.

Als letzter Redner sprach Reichskommissar Erwin Metzner, Sonderbeauftragter für bäuerliches Brauchtum, für Sitte und Gesittung im Reichsernährungsministerium, über „Blut und Boden als Grundlage der deutschen Kultur". Er erklärte: „Bei der Schaffung der Stelle eines Sonderbeauftragten für bäuerliches Brauchtum, für Sitte und Gesittung, ging der Reichsbauernführer von der Erkenntnis aus, daß wir eine Erneuerung unserer arteigenen „völkischen Kultur nur vom Bauernstande her erwarten können."

*

Der zweite Tag.

Weimar, 22. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) In feierlicher Weise wurde am Sonntag vormittag der zweite Tag der Reichsbauerntagung in der Weimarer Halle eröffnet. Unter stürmischen Heilrufen der Versammlung betrat

Reichsbauernführer Walter Darré

den Saal. Staatssekretär Willikens betonte in seiner Begrüßungsansprache, daß bereits der erste Tag der Arbeit und der Freude gezeigt habe, daß das, was die Reichsbauern-Führerschaft als Zielsetzung für das deutsche Bauerntum beschlossen habe, schon in der Gemeinschaft des deutschen Bauerntums fest Wurzeln zu schlagen beginne. Der Reichsstatthalter und Gauleiter von Thüringen Sauckel unterstrich diese Auffassung. Das, was an den beiden Tagen des Reichsbauerntages geleistet werde, könne in seiner Bedeutung vielleicht erst in 500 oder 1000 Jahren voll gewürdigt werden. Der Bauer aber, der heute Mitglied der Volksgemeinschaft sei müsse es als seine wesentliche Pflicht ansehen, den Millionen von Bauern-Enkeln, die heute ohne Haus und Hof in der Stadt säßen, ein Bruder in der Tat zu sein.

Hierauf folgte ein Referat des Staatsrats Meinberg, sowie die große Rede des Reichsbauernführers Darré über den Durchbruch des deutschen Bauerntums und über den Bauern als Fundament des Staates.

Gegen monarchistische Bestrebungen.

Eine Erklärung des rheinischen Gauleiters gegen die „Kaiserbewegung".

Wie aus Köln gemeldet wird, veröffentlichte der Gauleiter der Rheinprovinz Staatsrat Grohé folgende Erklärung:

„In Bonn hat sich eine Ortsgruppe der sogenannten „Kaiserbewegung" (Hohenzollernbund) aufgetan, die in Aufrufen und Werbeschriften behauptet, die Wiederherstellung der Monarchie sei das „letzte Ziel unseres Führers und Kanzlers Adolf Hitler". Es wird weiter behauptet, die Gründung der „Kaiserbewegung" sei „von der Führung der NSDAP gutgeheißen". Die Verbreitung solcher unwahren Behauptungen kann nicht geduldet werden. Der Führer hat niemals erklärt, die Monarchie wiederherstellen zu wollen, sondern in seiner programmatischen Rede am 23. März 1933 im Reichstag ausdrücklich erklärt, daß die Frage „Republik oder Monarchie" undiskutabel sei. Die NSDAP hat auch niemals ihr Einverständnis mit der Gründung einer „Kaiserbewegung" gegeben. Abgesehen von den angeführten unwahren Behauptungen, gegen die schärfstens protestiert werden muß, muß den Bestrebungen der „Kaiserbewegung" an sich entgegengetreten werden. Dabei bleibt die Frage, was das deutsche Volk dem Hohenzollernhaus zu danken hat, völlig außer Betracht. Ausschlaggebend ist, daß alle Dinge von nicht grundsätzlicher Bedeutung — zu denen auch die Frage der Staatsform gehört —, wenn sie die notwendige Einigkeit des deutschen Volkes beeinträchtigen, aus der öffentlichen Diskussion auszuschalten sind. Das deutsche Volk will als Nation leben, und es weiß, daß es in der Welt schon gute Republiken und gute Monarchien gegeben hat, so daß also eine erfolgreiche Staatsführung unter beiden Formen denkbar ist.

Nachdem aber nach der auf die verschiedensten Ursachen zurückzuführenden Zerrissenheit unseres Volkes nur die nationalsozialistische Weltanschauung imstande ist, die Einheit der Nation wiederherzustellen, wird diese Einheit der Nation für die Zukunft auch nur im Sinne der nationalsozialistischen gesichert werden können. Die Frage „Republik oder Monarchie" ist mithin überholt. Ihre Debattierung kann nur als Versuch angesehen werden, das Rad der Geschichte zurückzudrehen und erneute Streitobjekte in unser Volk hineinzuwerfen.

Der Führer des deutschen Volkes ist Adolf Hitler. So Gott will, wird er uns noch mehrere Jahrzehnte erhalten bleiben. Seine Nachfolgeschaft wird nach den Prinzipien bestimmt, die der Führer selbst festlegt. Der Nationalsozialismus hat die Einigung des deutschen Volkes unter so schweren Opfern nicht erkämpft, damit nunmehr irgend welche nicht mitgenommene kleine Kliquen unter Mißbrauch des Namens der NSDAP und des Führers völlig unnötige Streitfragen aufwerfen. Die Einigkeit der Nation ist aber auch kein Spielzeug für Leute, die für ein besseres Betätigungsfeld offenbar unfähig sind. Wir werden deshalb nicht nur die weitere Verbreitung der unwahren Behauptungen unterbinden, sondern auch gegen jede Betätigung dieser „Kaiserbewegung" einschreiten."

*

Vizekanzler von Papen für Festhalten an Tradition

Zur Reichsgründungsfeier hielt Vizekanzler von Papen in Kottbus vor den Bezirksorganisationen der NSDAP und des Stahlhelm eine Rede, in der er die Entwicklung vom Reich Bismarcks zum nationalsozialistischen Staat darstellte. Unter anderem erklärte er: „Mit einer bewundernswerten Einmütigkeit, fast ohnegleichen in der Geschichte, hat sich die Nation, geführt von des alten Reiches Roland, dem geliebten Feldmarschall, hinter Adolf Hitler gestellt. Alles hat sich der großen Idee der Volkwerdung gebeugt und in die Bewegung eingegliedert, so der Stahlhelm in die SA, so der Frontkämpfer und der alte Grenzlandkämpfer in den Dienst der großen Erneuerung. Wenn man im Lande hin und wieder Unkenrufe von Reaktion und dergleichen hört, so darf man daraus sich nicht viel machen. Festhalten an Tradition und Geschichte, Würdigung der Arbeit unseres Kaisergeschlechtes sind nicht der schlechteste Dienst am Lande, das nur wieder groß wird, wenn es seine Vergangenheit ehrt.

Es mögen in diesem 60-Millionen-Volke immer noch einzelne harte Köpfe sein, die sich der Idee nicht eingliedern. Aber die deutsche Arbeiterschaft in ihrer überwältigenden Masse, der deutsche Bauer aller Grade und aller Besitzgrößen, die Armee, die alte und die junge, der Geistesarbeiter und der Gelehrte, der Schriftsteller und der Kaufmann, sie alle bilden heute eine große geistige Front, die von niemandem mehr erschüttert werden kann. Der 12. November war ein Akt grandiosen Vertrauens dieser Gesamtfront der deutschen Nation zu dem Führer und seiner Bewegung. Und nun gilt es, Vertrauen mit Vertrauen auf allen Gebieten zu erwidern, damit das Ausland nicht, wie so oft in den Zeiten unserer geschichtlichen Schwäche, aus der Uneinigkeit wieder Nutzen ziehen könnte."

*

Erkältung des Reichspräsidenten.

Reichspräsident von Hindenburg leidet zur Zeit an einem Erkältungskatarrh und hat infolgedessen die vorgesehenen Empfänge und Besprechungen absagen müssen.

*

Stahlhelm-Ehrung für Göring.

Der Bundesführer des Stahlhelms, Reichsarbeitsminister Franz Seldte, hat dem Reichsminister und preußischen Ministerpräsidenten General der Infanterie Göring zu seinem Geburtstag das Ehrenabzeichen des Stahlhelm überreicht. Ministerpräsident Göring hat die Ehrenmitgliedschaft des Stahlhelm mit Dank angenommen.

*

Nabersberg — Stellvertreter des Reichsjugendführers.

Der Jugendführer des Deutschen Reiches und Führer der Hitler-Jugend, Baldur von Schirach, hat den Obergebietsführer Karl Nabersberg, der schon bisher sowohl der Reichsjugendführung wie auch der Führung der Hitler-Jugend angehört und mit besonderen Aufgaben betraut war, zu seinem Stellvertreter für beide Ämter und zum Führer seines Stabes ernannt. Karl Nabersberg gehört zu den alten Kämpfern der Hitler-Jugend. Er ist soeben von einer Informationsreise aus England zurückgekehrt.

*

Katholische Pfarrer in Schutzhaft.

Wie aus Stuttgart gemeldet wird, wurden dieser Tage die katholischen Pfarrer Sturm aus Waldhausen und Dangelmeier aus Metzingen in Schutzhaft genommen, weil nach Erschöpfung aller anderen Mittel nur dadurch eine Unterbindung ihrer staatsfeindlichen Tätigkeit gewährleistet werden konnte.

Nach weiteren Mitteilungen der württembergischen politischen Polizei hat sich ergeben, daß als geistiges Hauptziel einer friedenstörenden Bewegung im Metzinger Bezirk der katholische Pfarrer Leißle aus Eschingen anzusehen sei, der zwecks Befriedung des innen- und kirchenpolitischen Lebens gleichfalls gestern in Schutzhaft genommen werden mußte.

*

Hirtsiefer erneut unter Anklage.

Die Justizpressestelle teilt u. a. mit:

Vor einigen Wochen wurde der frühere Staatsminister, Abgeordnete und dreifache Ehrendoktor Heinrich Hirtsiefer von einer Strafkammer des Landgerichts in Bochum wegen Untreue zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten verurteilt. Hirtsiefer hat gegen dieses Urteil Revision angemeldet, über die bisher nicht entschieden worden ist.

Nunmehr hat die Staatsanwaltschaft Berlin erneut gegen Hirtsiefer und andere Anklage erhoben und die Eröffnung des Hauptverfahrens beantragt. Die Anklage richtet sich außer gegen den früheren Zentrumsminister Hirtsiefer gegen den Verbandsleiter Dr. Dr. h. c. Heinrich Gerlich, den Staatssekretär a. D. Professor Dr. Dr. h. c. Adolf Scheidt, den Ministerialdirektor a. D. Hermann Peters, den Ministerialdirektor im einstweiligen Ruhestand Dr. Alexander Schneider und den Ministerialverwaltungsdirektor a. D. Geheimen Regierungsrat Hermann Tillich. Allen wird Untreue, teilweise verbunden mit Anstiftung zur Untreue, Gerlich außerdem Betrug zur Last gelegt.

Das Saarkompromiß.

Genf, 22. Januar.

Über die Geheimberatungen, die am Freitag im Völkerbundrat über die Saarfrage stattfanden, verrät der „Daily Telegraph", daß bei dieser Gelegenheit erhebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen der englischen und der französischen Auffassung in der Frage entstanden waren, ob die Abstimmung im nächsten Jahre vorgenommen oder auf später verschoben werden solle. Anscheinend will Frankreich, ungeachtet der Bestimmungen des Versailler Traktats auf eine Verschiebung hinaus, während England die Saarfrage so schnell wie möglich erledigen möchte und sich dabei in Übereinstimmung mit Italien befindet. Frankreich wollte ferner die jetzige Aussprache zu einer großen Propaganda gegen Deutschland und den Nationalsozialismus ausnutzen, um seine eigene schwache moralische Stellung zu verbessern. England und Italien wollen dagegen die Aussprache möglichst entgiften, um die deutsch-französische Abrüstungsverständigung nicht zu erschweren.

Im Zeichen dieser Gegensätze stand die öffentliche Ratssitzung am Sonnabend. Es ist der sehr geschickten Berichterstattung des italienischen Vertreters, Barons Aloisi, zuzuschreiben, daß sie nicht heftig aufeinanderplatzten, sondern mit einer Entschließung einstweilen überdeckt wurden, die dafür aber auch wenig mehr als Selbstverständlichkeiten enthält. Die

Entscheidung ist auf den Mai vertagt.

Immerhin ist Frankreich mit seinen Absichten nicht durchgedrungen, hat vielmehr eine Schlappe erlitten, über die auch eine wortreiche Erklärung Paul-Boncours nicht hinwegtäuschen kann.

In der öffentlichen **Tagung, auf deren Tagesordnung** als dritter Punkt stand:

„Vorbereitende Maßnahmen im Hinblick auf die Volksabstimmung im Saargebiet"

verlas der italienische Berichterstatter den als Kompromiß zwischen der französischen und der englisch-italienischen Auffassung zustandegekommenen Bericht, in dem folgende Erklärung des Rates enthalten ist:

„Der Völkerbund billigt die Schlußfolgerung des Berichtes. Er drückt seinen Willen aus, alle Pflichten zu erfüllen, die ihm im Hinblick auf die Vorbereitung der Durchführung der Volksabstimmung im Saargebiet im Jahre 1935 obliegen mit dem Ziele, die

freie, geheime und ehrliche Wahl

zu sichern. Er fordert besonders seinen Ausschuß auf, im Hinblick auf den Bericht, den der Ausschuß ihm vorlegen soll,

a) die Maßnahmen zu prüfen, durch die unter Anwendung aller geeigneten Mittel die Ordnungsmäßigkeit des Wahlganges gesichert werden kann,

b) das Studium solcher Mittel ganz besonders in Betracht zu ziehen, durch die die Bevölkerung vor jedem Druck und vor der Ausführung jeder Drohung geschützt werde, die die Ehrlichkeit der Abstimmung beeinflussen könnten,

c) Anregungen zu prüfen, die ihm die Regierungskommission des Saargebietes unterbreiten könnte, soweit sie die Aufrechterhaltung der Ordnung während der Abstimmung betreffen."

Der Bericht weist auf die Verantwortung hin, die dem Rat zugefallen sei. Die Abstimmung müßte im Einklang mit dem Text des Friedensvertrages im kommenden Jahre stattfinden.

Es wird also vermieden, irgendein bestimmtes Datum anzugeben oder auch nur hervorzuheben, daß die Abstimmung unter allen Umständen schon in der ersten Hälfte des Januar 1935 stattfinden muß.

Immerhin hebt der Bericht hervor, daß es notwendig sei, schon jetzt vorbereitende Maßnahmen zu treffen.

Es geht nicht ohne die Deutschen!

Vorläufig kein Zusammentritt der Abrüstungsausschüsse.

Das „Kleine Präsidium" der Abrüstungskonferenz hat sich am Sonnabend mittag nach ergebnislosen Verhandlungen auf den 13. Februar vertagt. Im übrigen hat man sich über keinen weiteren Termin endgültig einigen können, insbesondere nicht für den Wiederzusammentritt der Konferenz selbst. Die Einberufung des „Kleinen Präsidiums" am 13. Februar soll voraussichtlich nach London erfolgen. Gleichzeitig hat man die Einberufung des Präsidiums selbst für die daran anschließende Woche ins Auge gefaßt.

Über die Sitzung des Kleinen Abrüstungspräsidiums ist ein Bericht veröffentlicht worden, der besagt, daß die Genfer Abrüstungsausschüsse vorläufig nicht zusammentreten werden. Es ist beschlossen worden, daß in Anbetracht der bestehenden Meinungsverschiedenheiten über einige wichtige Fragen auf diplomatischem Wege durch die verschiedenen Staaten Anstrengungen unternommen werden sollen, um die Meinungsverschiedenheiten zu vermindern.

Puyi wird zum Kaiser ausgerufen!

Peking, 21. Januar. (Eigene Meldung.) Am gestrigen Sonnabend wurde der Präsident von Mandschukuo, der frühere „Sohn des Himmels" von China, Puyi, der letzte Sproß der alten Mandschu-Dynastie, zum Kaiser der Mandschurei ausgerufen. Die feierliche Thronbesteigung soll am 1. März stattfinden Vorher wird Kaiser Puyi ein Freundschafts- und Militärabkommen mit Japan unterzeichnen.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 22. Januar 1934.

Krakau — 2,05, Zawichost + 1,56, Warschau + 1,24, Plock + 1,51, Thorn + 0,82, Fordon + 0,99, Culm + 0,81 Graudenz + 1,17, Kurzebrak + 1 34, Pieckel + 0,66, Dirschau — 0,55, Einlage + 2,10, Schiewenhorst + 2,38.

Die neue Sozialversicherung
und das städtische Gewerbe

Sitzung des „Wirtschaftsverbandes städtischer Berufe".

Für Freitag, den 19. Januar d. J., hatten die beiden hiesigen Ortsgruppen des Wirtschaftsverbandes städtischer Berufe, die Ortsgruppe Handwerk und die der Kaufleute und Industriellen, zu einer gemeinsamen Sitzung eingeladen. Der kleine Saal des Zivilkasinos war überfüllt, etwa 120 Personen mochten dem Rufe gefolgt sein. Der Obmann der Ortsgruppe Handwerk, Ing. Paul Schulz, eröffnete im Namen des Vorstandes die Sitzung mit herzlichen Begrüßungsworten. Dann gab Kaufmann Holtzendorff eine Erklärung ab, des Inhalts, daß er die auf der letzten Versammlung dem Verbandsvorstand gemachten Vorwürfe zurücknehme, da er sich überzeugt hätte, daß sie unberechtigt seien. Darauf erteilte der Versammlungsleiter Herrn Hauptgeschäftsführer Adolf Schramm das Wort zu einem Vortrag über das neue Sozialversicherungsgesetz. In etwa anderthalbstündigen, trotz der trockenen Materie interessanten Ausführungen, die von der restlosen Vertrautheti des Redners mit dem Stoff zeugten, legte Herr Schramm den Aufbau der neugeschaffenen sozialen Versicherungsanstalten (Ubezpieczalnie społeczne) und ihren Tätigkeitsbereich dar. In klaren Ausführungen besprach er sodann die Höhe der Beiträge, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer für die einzelnen Versicherungszweige zu zahlen haben und ging schließlich auf die bei der An- und Abmeldung zu erfüllenden Formalitäten ein. — Starker Beifall dankte dem Redner für seine gut durchdachten und klaren Ausführungen. In der sich anschließenden Diskussion wurden an den Referenten viele Fragen gestellt, die er kurz und knapp beantwortete. Die Einzelheiten des neuen Gesetzes werden übrigens auch in der am 1. Februar erscheinenden Nummer der „Wirtschaftszeitung" besprochen werden. — Da das eingehende Referat und die erschöpfende Diskussion sehr viel Zeit beanspruchten, schloß Ing. Schulz mit herzlichem Dank an den Redner die Versammlung, ohne daß die Tagesordnung erschöpft werden konnte. Die fortgebliebenen Punkte — u. a. ein Referat des Hauptgeschäftsführers Schramm über das am 1. Juli 1934 in Kraft tretende neue Schuldrecht — sollen auf einer neuen, gleichfalls gemeinsamen Sitzung der beiden Ortsgruppen Anfang Februar erledigt werden.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 22. Januar.

Weiterhin trocken und noch meist heiter.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet weiterhin trockenes und noch meist heiteres Wetter mit Temperaturen um Null Grad und mäßigen Nachtfrösten an.

Ein alter Schwindlertrick

wird wieder einmal angewandt. Wir haben schon mehrfach gewarnt vor den sogenannten spanischen Schatzschwindlern, die sich jetzt auch an Bromberger Kaufleute und vermögende Persönlichkeiten mit ihrem ebenso alten wie plumpen Trick wenden. Wir lassen hier den wortwörtlichen Text eines solchen Briefes folgen:

„Geehrter Herr! Ich bin hier gefangen, da ich Bankrott in meinem Geschäfte gemacht habe und wende mich zu Ihnen, um Sie anzufragen ob mir helfen wollen die Pesetas 1 200 000, die ich in Bankno ten in einen Reisekoffer habe zu retten Verschiedene Umstände, die Sie später kennen werden sind schuld daß jetzt mein Reisekoffer im Depott in einen französischen Bahnhof sich findet. Dafür wäre es unbedingt notweding daß Sie hierherkommen um der Kosten meiner Prozeß zu bezahlen, und so würde die Pfandung meines Gepäcks angelöst sein, zum selber Zeit würde ich Ihnen ein Handkoffer mit einer Geheimfach geben, wo ich der Gepäckschein des Rosekoffers verborgen hatte der unentbehrlich ist um den genannte Reisekoffer zurückzuziehen. In Belohnung werde ich Ihnen gern die dritte Teil des Betrages geben. Ich kann direkt ins Gefängnis Ihre Antwort nicht erhalten, aber wem Sie bereit wären die Sache anzunehmen, telegrafiren Sie sofort an einen von mir Vertrauenperson und mit Sicherheit werde ich Ihre Antwort empfangen. Sobald ich Ihr Telegramm bekomme werde ich mich an Ihnen kennen lassen und werde ich Ihnen mein ganzer Geheimnis mittelein."

Das ganzer Geheimnis dieses Herrn braucht uns nicht weiter mitgeteilt zu werden. Der Leim ist zu dick aufgetragen, als daß jemand darauf hineinfallen könnte — sollte man meinen. Und trotzdem soll es tatsächlich noch immer Leute geben, die an derartige Schwindelmanöver glauben und in der Hoffnung auf einen Teil der Peseta-Millionen Geldbeträge opfern. Das sind jene Leute, die bekanntlich nie alle werden.

Merkwürdig ist an dem uns vorgelegten Brief, daß er eine unentwertete spanische Marke trägt. Möglicherweise sitzt ein „Vertrauenperson" des spanischen Gold-Torreros in Bromberg.

§ **Der Bach-Verein Bromberg** hatte für Freitag seine Mitglieder zu einer Generalversammlung eingeladen. Der Vorsitzende des Vereins, Herr Steuck, begrüßte die erschienenen Mitglieder und teilte mit, daß auf Grund des am 1. Januar d. J. in Kraft getretenen neuen Vereinsgesetzes die bisherigen Satzungen einer Änderung unterzogen werden mußten. Der Arbeitsausschuß hat die Satzungen den Vereinsgesetz-Bestimmungen entsprechend vorbereitet, die der Vorsitzende der Generalversammlung zur Annahme vorlegen konnte. Die neuen Satzungen wurden einstimmig angenommen. Bei der Wahl des neuen Vorstandes wurden einstimmig gewählt: die Herren Magister Arno Ströse zum ersten Vorsitzenden, Dr. med. Staemmler zum stellvertretenden Vorsitzenden, Kaufmann Lück zum Kassenwart und die Herren Oberrevisor Steuck und Pech zu Schriftwarten. Der neugewählte Vorsitzende sprach dem bisherigen Vorsitzenden, Herrn Steuck, für die zum Wohle des Vereins geleistete Arbeit den Dank aller Vereinsmitglieder aus und kündigte an, daß der Verein seiner Aufgabe, die Musik Joh. Seb. Bachs und anderer großer deutscher Kirchenmusiker zu pflegen, treu bleiben werde. Die Not der Zeit fordere Opfer. Auch der Bach-Verein will daher auf seinem besonderen Gebiete Arbeit am deutschen Volkstum leisten und werde in den Wintermonaten an einem Sonntag im Monat „Musikalische Vespern" veranstalten, die bei freiem Eintritt stattfinden sollen. Allen deutschen Volksgenossen soll die Möglichkeit geboten werden, sich an der Erhabenheit edler deutscher Kirchenmusik zu erbauen.

§ **Die nächste Stadtverordneten-Sitzung** findet am Mittwoch, dem 24. Januar, um 6,30 Uhr nachmittags statt. Auf der Tagesordnung steht die Wahl der Mitglieder der Geschäftsordnungs-Kommission, der Finanzkommission, der Revisionskommission, des Rats der Stadtsparkasse und der Revisionskommission der Stadtsparkasse. Die ersten drei Kommissionen werden auf die Dauer von fünf Jahren, der Rat der Stadtsparkasse und die Revisionskommission derselben auf die Dauer von drei Jahren gewählt.

§ **Die Beerdigung der Opfer** des Unglücks in der Danziger Straße fand am Sonntag nachmittag unter ungeheurer Beteiligung der Bevölkerung statt. An der Beisetzungsfeierlichkeit, die durch den Domherrn Schulz geleitet wurde, nahmen Stadtpräsident Barciszewski, mehrere Stadträte, zahlreiche Stadtverordnete, Delegierte des Schulinspektorats, Schüler sämtlicher Anstalten und Vertreter zahlreicher Vereine und Korporationen teil.

§ **Geplante Ermäßigung der Postgebühren?** Der anhaltende Rückgang im Postverkehr veranlaßte das Postministerium, eine Senkung der Postgebühren in Erwägung zu ziehen. Wie verlautet, wird eine solche Senkung in der nächsten Zeit erfolgen, und zwar wird das Porto für gewöhnliche und eingeschriebene Briefe um 20 Prozent ermäßigt. Ebenso ist auch eine Senkung der Telegramm- und Fernsprechgebühren beabsichtigt.

§ **Einen schweren Unfall** erlitt der 11jährige Schüler Kazimierz Doja, Landweg (Polna) 6 wohnhaft. Als er aus der Schule kam, stieg er auf das Trittbrett eines nach Schulitz fahrenden Autobusses, um auf diese Weise schneller zu Hause zu sein. Während der Fahrt versuchte er dann abzuspringen, wobei er schwere Kopf- und Gesichtsverletzungen erlitt.

§ **Während eines Streites,** der sich am Sonnabend abend in den Baracken hinter der Kriegsschule abspielte, wollte die Frau Helena Przybyszewska ihrem Manne ein Messer entreißen, der sich dasselbe in die Brust stoßen wollte. Dabei traf das Messer die Schlagader an der rechten Hand der Frau und verletzte sie schwer. Man schaffte die Frau in das Städtische Krankenhaus, wo eine Operation vorgenommen wurde.

§ **Ein nachbarlicher Streit** fand vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts sein gerichtliches Nachspiel. Anfang v. J. hatte der Landwirt Piotr Orłowski von dem in Wielle, Kreis Wirsitz, wohnhaften Landwirt Adam Bryll eine Landwirtschaft gepachtet. O. zahlte nur die Hälfte von der vereinbarten Pachtsumme an und sollte den Rest nach der Übernahme des Grundstücks entrichten. Da er jedoch seinen Verpflichtungen nicht nachkam, kam es zwischen den beiden Landwirten des öfteren zu Streitigkeiten, die am 1. April schließlich zwischen den beiden Männeren in eine heftige Prügelei ausarteten. Bei dieser nachbarlichen Auseinandersetzung erhielt der Pächter von dem B. eine nicht unerhebliche Kopfverletzung. O. erstattete darauf gegen B. Anzeige, der sich nun vor der Strafkammer wegen Körperverletzung zu verantworten hatte. Nach durchgeführter Verhandlung verurteilte das Gericht den Angeklagten zu 8 Monaten Gefängnis mit fünfjährigem Strafaufschub.

§ **Wegen tätlicher Beamtenbeleidigung** hatte sich vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts der 44jährige Hausbesitzer Stefan Haup aus Mrotschen, Kreis Wirsitz, zu verantworten. Am 17. Juni v. J. erhielten der Magistratsbeamte Stanisław Kużlana und der Monteur Pawel Hordyka den Auftrag, vom Hause des Angeklagten den elektrischen Stromanschluß zu entfernen. Dieser Beseitigung setzte H. heftigen Widerstand entgegen, indem er den Monteur an die Kehle zu fassen versuchte. Ebenso wurde K. von dem Angeklagten auf das heftigste bedrängt, wobei es zwischen den Männern sogar zu einem Handgemenge kam. Schließlich gelang es den beiden Magistratsangestellten, doch noch ihren Auftrag auszuführen. Gegen den widerspenstigen H. aber wurde Anzeige erstattet. Der Angeklagte versucht vor Gericht mit allerlei Ausflüchten seine Schuld zu leugnen, was ihm jedoch in Anbetracht der belastenden Zeugenaussagen wenig hilft. Das Gericht verurteilte ihn zu vier Monaten Arrest mit dreijährigem Strafaufschub. ↕

§ **Wegen Körperverletzung** hatten sich vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts der 29jährige Anton Gapa und der 31jährige Josef Marach aus Izdebki, Kreis Wirsitz, zu verantworten. Am 22. Juni v. J. wurden die beiden Angeklagten von dem Feldwächter Josef Bąk beim Kartoffeldiebstahl überrascht. Als B. die beiden Kartoffeldiebe aufforderte, die bereits mit Kartoffeln gefüllten Säcke zu leeren, erhielt er von Anton G. einen Schlag ins Gesicht. Als er den Schlag zurückgab, fiel auch Josef M. über ihn her und begann ihn zu schlagen. Die Angeklagten, die sich vor Gericht zur Schuld bekennen, wurden zu je 7 Monaten Gefängnis verurteilt. ↕

*

Vereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

k. **Czarnikau,** 21. Januar. Der Deutsche Frauenverein feierte am 20. Januar sein Winterfest in den Räumen des Bahnhofshotels. Das Fest war aus Stadt und Land so stark besucht, daß alle Räume überfüllt waren. Ein lustiger Einakter, vom Jungmädchenverein aufgeführt, sorgte für die nötige Stimmung. Deutsche Volkstänze, ebenfalls vom Jungmädchenverein aufgeführt, fanden großen Beifall. Ein reich besetztes Büfett lud zu Erfrischungen ein. Bei guter Musik vergnügte sich die Jugend beim Tanz bis zum frühen Morgen.

Seit etwa 14 Tagen ist die zwanzigjährige Ida Kiedrowska aus der Wronker Straße spurlos verschwunden. Sie entfernte sich am 6. d. M. aus ihrer Wohnung und ist seither nicht mehr gesehen worden. Nachforschungen nach ihrem Verbleib waren bisher ergebnislos.

q **Gnesen** (Gniezno), 21. Januar. Ein Einbruch verübt wurde bei dem Landwirt Gottlieb Grund in Arkuszewo bei Gnesen. Hier drangen Spitzbuben in den verschlossenen Schweinestall und stahlen zwei Schweine. Die Diebe entkamen unerkannt.

j **Jarotschin,** 19. Januar. Diebstähle und immer wieder Diebstähle müssen wir aus den beiden größten Städten unseres Kreises Jarotschin und Pleschen berichten. Und in der Hauptsache sind es da wieder Fahrraddiebstähle, die gemeldet werden. In Pleschen wurde dieser Tage einem Teofil Pollok aus Steinicksheim das Fahrrad, das er in der ulica Poznańska unbeaufsichtigt hatte stehen lassen, gestohlen. Er erleidet damit einen Verlust von 100 Złoty. — Neben dieser Plage sind die Kohlendiebstähle an der Tagesordnung. Trotz der Gegenmaßregeln der Bahn und der Polizei die Überfälle auf die fahrenden Kohlenzüge den Dieben fast unmöglich machen, werden doch fast in jeder Woche Kohlendiebstähle gemeldet. Dieser Tage erst hielt die Polizei auf der Chaussee Cielcz—Jarotschin zwei Männer an, die auf einem kleinen Handwagen einen Zentner Kohlen fuhren. Sie erklärten auf Befragen des Polizeibeamten, daß sie die Kohlen an der Bahnstrecke gefunden hätten. Sie wurden ihnen abgenommen und der Bahn zurückerstattet.

b **Mogilno,** 21. Januar. Der letzte Kram-, Vieh- und Pferdemarkt war nur schwach besucht. Auf dem Pferdemarkte brachte das beste Pferd (ein vierjähriger prima Fuchswallach) 400 Złoty. Verlangt wurde für einige ebensolche Pferde 450—500 Złoty, es fehlte aber an Käufern, so daß nur sehr wenig umgesetzt wurde. Von Kühen im Preise von 120—180 Złoty wurden hauptsächlich Schlachttiere gekauft. Für Bacon-Schweine zahlte man bei 1,80—2,20 Zentner Gewicht 34 Złoty, bei über 2,70 Zentner 38 bis 40 Złoty.

i **Nakel,** 20. Januar. Der Stadt Nakel wurde vom Landwirtschaftsministerium das 600 Morgen große Restgut Trzeciewnica übereignet. Das Gut, das drei Kilometer von Nakel entfernt liegt, wird parzelliert und den arbeitslosen Familien zugeteilt werden. Die dort stehenden Geb?ude werden zu diesem Zwecke umgebaut.

Unbekannte Diebe drangen in der Nacht in das Gymnasium der Stadt Nakel und stahlen aus einem Raum einen Radioapparat, der Eigentum der Schüler war. Außerdem verschwanden die dort aufbewahrten Einzelteile und noch einige andere Gerätschaften im beträchtlichem Werte.

♁ **Posen,** 21. Januar. Vermutlich aus Liebeskummer unternahm die 22jährige Marie Derda, Tochter eines Arbeiters aus der fr. Glogauerstraße, einen Selbstmordversuch durch Vergiftung mit Lysol. Sie konnte jedoch durch Eingreifen eines Arztes der Rettungsbereitschaft aus der Lebensgefahr befreit werden.

In der Nacht zum 18. d. M. wurde das Ettersche Schneidergeschäft in der St. Martinstraße 76 von Einbrechern heimgesucht. Gestohlen wurden 33 Ballen Stoffe im Gesamtwerte von 20 000 Złoty. Die Gauner haben sich zur Fortschaffung ihrer wertvollen Beute eines Wagens, vermutlich eines Autos bedient.

Zu einer wüsten Prügelei kam es in einer der letzten Nächte in der fr. Kaiser-Wilhelmstraße zwischen drei Passanten. Dabei wurde ein Viktor Piechowiak von seinen beiden Gegnern Edmund Stefanowicz und Andreas Galężewski durch zahlreiche Messerstiche so übel zugerichtet, daß er im hoffnungslosen Zustande ins Stadtkrankenhaus geschafft werden mußte. Die Messerhelden wurden festgenommen.

Zwei Obdachlose, namens Roman Pawłowski und Felix Borowy, entrissen in Główno in der Nähe von Ostrów Tumski einer Isabella Terczewska eine Handtasche mit 40 Złoty Inhalt und verschiedenen Papieren und flüchteten. Sie wurden aber bald darauf ermittelt und festgenommen.

* **Posen,** 21. Januar. (PAT) Verhaftet wurde hier der angebliche Arzt F. Adamowski, dem man vorwirft, eine ärztliche Praxis ausgeübt zu haben, ohne im Besitze eines entsprechenden Diploms zu sein. Adamowski hat zwar Medizin studiert, besitzt jedoch nicht die Erlaubnis zur Ausübung einer selbständigen Praxis.

Auf dem fr. Petriplatz trat an den aus Gnesen hier zugereisten Władysław Defitowski ein Mann heran und bat ihn um Feuer. Daraus entspann sich eine Bekanntschaft und der Gnesener trug keine Bedenken, seinem neuen Freunde auf die Marstallstraße zu folgen. Dort fiel ein Komplice seines „Freundes" über ihn her, schlug ihn zu Boden, raubte ihm 30 Złoty und verschwand.

Den Spitzbuben ist nichts heilig. So hat jetzt eine Einbrecherbande die Wohnung des Staatsanwalts K. Elznerowicz am Plac Działyńskich 7 in seiner Abwesenheit heimgesucht und die Wohnung nahezu vollkommen ausgeplündert. Der Schaden ist sehr groß. — Bei einem Einbruchsdiebstahlsversuch in die Druckerei von Adam Królak in der fr. Fröbelstraße 4 wurden die Diebe überrascht und verscheucht, so daß sie ohne Beute abziehen mußten. — Die Schrodkamarkt 16 wohnhafte Viktoria Zgrajek wurde von ihrer Pflegetochter Elisabeth Kutka um 500 Złoty bestohlen.

S. **Samotschin** (Szamocin), 21. Januar. Der Landwirt Lupa aus Sypniewo fuhr am letzten Jahrmarkt mit einem Wagen Getreide zur Stadt. Am vereisten Berg bei der Ansiedlung konnten die Pferde den Wagen nicht aufhalten, so daß derselbe in immer schnellerer Fahrt den Berg herunterfuhr. Hierbei fiel L. vom Wagen, wurde mitgeschleift und zog sich schwere Verletzungen zu, an deren Folgen er vor einigen Tagen starb.

Ein dreister Fahrraddiebstahl ereignete sich am letzten Donnerstag. Der Schriftsetzer Düsterhöft aus Seefeld (Laskowo) hatte bei einem kurzen Besuch bei Bekannten in Athanasienhof sein Fahrrad in der Scheune eingeschlossen. Nach ca. einer Stunde mußte er die Feststellung machen, daß die Scheune erbrochen und das Rad gestohlen war Den Tätern ist man auf der Spur.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströse; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Hepke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann T. z o. p., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich der „Hausfreund" Nr. 17

Heute früh entschlief sanft nach geduldig ertragenem schweren Leiden unser geliebter Bruder, teurer Schwager und herzensguter Onkel, der

Schulleiter

Emil Will

im Alter von 68 Jahren.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Rogożno, den 20. Januar 1934.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 24. d. Mts., um ½3 Uhr nachmittags vom Trauerhause, Trustowo, p. Kiszkowo aus statt. 1323

Am 20. Januar 1934 starb, mitten aus der geliebten Arbeit heraus der

Direktor des Deutschen Privatgymnasiums in Rogasen

Herr

Emil Will.

Fast achtundvierzig Jahre durfte er Lehrer sein: in der Volksschule, dann 30 Jahre im Lehrerseminar, zuletzt als Direktor der Schule in Rogasen. Des aufrechten Mannes Kern war tiefste Frömmigkeit: sie wirkte in seinem strengen Rechtssinn, in der Liebe zu Gottes Kreaturen und seiner tätigen Hilfsbereitschaft für den leidenden Nächsten. Sein reiches Wissen aber und sein Herz gehörte der Jugend seines Volkes.

Wir ehren sein Andenken. 1322

Der Deutsche Schulverein in Polen.

Heute nachm. 12½ Uhr nahm der Herr nach schwerem, mit Geduld getragenem Leiden meinen allzeit liebevollen Mann, unseren guten, treusorgenden Vater, Großvater, Schwiegervater, Bruder, Schwiegersohn und Schwager 1322

Albert Borchert

im 69. Lebensjahre zu sich in eine bessere Heimat.

Sein arbeitsreiches Leben galt stets dem Wohle der Seinen.

Im Namen der Hinterbliebenen

Marta Borchert.

Książki, den 20. Januar 1934.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 24. Januar, nachm. 2 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange meines lieben Mannes und für die reichen Kranz- und Blumenspenden spreche ich hiermit meinen

innigsten Dank

aus.

Frau Elise Kiender.

Bromberg, im Januar 1934. 698

Hebamme erteilt Rat mit gutem Erfolg. Diskretion zugesichert. 676 **Danek**, Dworcowa 66.

Wäsche-Atelier Hasse, Marszałka Focha 26, fertigt **Damen- und Herrenwäsche** nach Maß, **Bett- u. Berufswäsche, Pyjamas, Gardinen.** 8058

Oskar Meyer 8860

Gegr. 1899 **ulica Gdańska 21** Tel. 1389

Korrekteste Anfertigung sämtl. **Brillen.**

Hauptgewinne der 28. Polnischen Staatslotterie

IV. Klasse (ohne Gewähr).

11. Tag (vormittags).

10 000 zł. Nr. 73904 119142.
5000 zł. Nr. 96846 115133.
2000 zł. Nr. 7758 15297 28137 31516 43597 81965 88230 95246 125263 131785 134123 152332 158788 159158 161840.
1000 zł. Nr. 3473 12031 29072 34800 43585 46069 49515 53343 56260 65268 65296 69857 78123 80725 88886 96124 96923 98231 99455 100262 105268 106274 110248 115069 116610 118073 119079 119755 122229 128387 143937 145223 151089 161305 165747.

11. Tag (nachmittags).

50 000 zł. Nr. 27813.
10 000 zł. Nr. 75335 77130.
5000 zł. Nr. 27038 79509.
2000 zł. Nr. 5118 14096 18479 26752 50181 50367 52624 94968 112916 134793 146733 154188 159320 166298.
1000 zł. Nr. 2465 3896 7504 17635 22395 28975 33823 39187 41774 48944 50478 50518 56946 59066 63624 65331 67703 73697 75236 84319 104224 112303 113299 124593 127435 131716 133024 137777 141446 146404 148646 157955 164491 166801 167090.



KONTOBÜCHER

Hauptbücher
Kontokorrentbücher
Kassabücher
Kladden
Amerikanische Journale
mit 8, 10, 12 und 16 Konten
Loseblatt-Kontobücher
Registerbücher
Stark herabgesetzte Preise!

Extra-Anfertigung von Kontobüchern jeder Art schnell, sauber und preiswert

A. Dittmann T. z o. p.

Telefon 61, Bydgoszcz, Marszałka-Focha 6.

Perf. Schneiderin näht schnell u. saub. in und auß. d. Hause, auch aufs Land, niedr. Preise 662 **Sniadeckich 18**, Wg. 3.

Heirat

2 Freundinnen im Alter von 19 Jahren suchen Briefwechsel mit besseren Herren **zwecks späterer Heirat.** Antworten mit Bild unter **H. 1285** a. d. Geschäftsstelle dies. Ztg. erbeten.

Landwirtstöchter 665 mit Vermög., möchten sich gern **verheiraten. „Postęp"**, genehm. Eheverm. **Gdańska 67.**

Hochbahnbeamter 31, ansehnlich, wünscht harmonisches **Eheglück** mit häusl., wirtschaftl. Dame, der es gleichfalls am sonnigen Eheglück gelegen ist, keine Modepuppe, sond. schlicht u. ehrlich. Ernste Bewerb. bitt. Kennummer 9631. **Agent. Wehrand,** Schließfach 32, **Berlin N. 54.** 1276

Welch. edeld. Herr w. eine arme Landwirtst. **d. Heirat glückl. machen.** Bin evgl., Mitte 20 er. 2400 zł u. gute Wäscheausst. vorh. Off. m. B. u. Adr. unt. **N. 691** an die Geschst. d. Ztg. erb.

Geldmarkt

Einen Teilhaber Kaufmann, welch. das Geschäft später übernimmt, sucht die 1272 **Färberei und chemische Waschanstalt L. Kerger Wągrowiec,** gegr. 1850.

6000 Goldzłoty Hypothek, erste Stelle. Restkaufgeld, ist mit Nachlaß zu verkaufen. Angebote unter **K. 656** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Offene Stellen

Suche per 1. Febr. für mein Kolonialwaren- u. Delikatessen-Geschäft **1 jünger. Gehilfen** der die poln. u. deutsche Sprache i. Wort u. Schr. beherrscht. Off. m. Zeugnisabschrift u. Gehaltsansprüch. erb. Persönl. Vorstellung erw. 1306 **Otto Jakubowski, Toruń**

Brenner m. Brennerlaubnis für größeres Brennkontingent von sofort gesucht. Angeb. unter **L. 1292** a. d. Geschst. d. Zt. erb.

Schmiedemeister zum 1. 4. gesucht mit Burschen und eigenem Handwerksz., Kenntn. in erstkl. Hufbeschlag u. sämtl. landwirtschaftl. Maschinen Bedingung. Bewerbung. sind unter **S. 1310** an die Geschst. dies. Zeitg. zu richten.

Fleiß. Gärtnergehilfe für Gutsgarten **gesucht. Żurczyn** 692 b. Rynarzewo.

Evang. ehrl. Mädchen vom Lande, v. sofort od. 1. Febr. für sämtl. Arbeiten in kl. Stadthaushalt bei bescheid. Anspr. ges. Ebenf. ein **Müllergeselle** f. Schrotmühle u. Mehlniederl. ges. Off. u. **Nr. 1308** a. d. Geschäftsst. **Kriedte, Grudziądz.** erb.

Eröffnungs-Anzeige.

Chemische Fabrik „Plus"

Eisengallustinte
Schultinte
Farbige Tinten
Büroleim
Stempelfarben
Ausziehtuschen
Wäscheblau
nach einem neuen System
Bequemlichkeit!
Sparsamkeit!

Bitte, mich mit Aufträgen beehren zu wollen. 681

Dr. v. Piechowski
Bydgoszcz
Królowej Jadwigi 5.
Telefon 2101.

Müllerlehrling für sofort gesucht Freie Station u. 5 Zł. Taschengeld monatl. Polnische Sprache Bedingung. Desgleichen **jüngerer Knecht** v. Lande, 15 Zł. monatl., fr. Station, Müllerarb. Angebote unt. **R. 1302** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Ehrlicher, evgl., junger Mann wird als **Molkereilehrling** in Genossenschaftsmolkerei gesucht. Off. unt. **G. 1283** a. d. Gst. d. Ztg.

Suche gebildete Hausdame die persönl. an strengste Tätigkeit gewöhnt ist und viel Takt besitzt für einen Gutshaushalt. Bedingung polnische Sprache in Wort und Schrift. Gehalt ganz nach Leistung und Vereinbarung. Angeb. mit selbstgeschr. Lebenslauf unter **T. 1311** an die Geschst. d. Ztg. erb.

Gebildetes, deutsches Kinderfräulein zu 2 Mädchen (10 bis 12 Jahre) **gesucht** Führ. des Haush. erw. **Felicja Kamińska Łęczyca.** 1316

Fräulein können in 8 Tagen die Glanzplätterei gut erlernen. Honorar 15 Złoty. Nur bei Frau **Czerwinska,** Sniadeckich 31, II Tr., Vorderhaus. 619

Zur Erlernung d. Haushalts suche von gleich einfach., kräft., evangel. **Mädchen** vom Lande. Taschengeld. Bew. mit Lebenslauf unt. **U. 1313** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Stellengesuche

Gebildeter Landwirtssohn 1288 25 J. alt, landwirtschaftl. Schule, 5 Jahre Praxis auf intensiven Gütern Posens u. Pommerellens, **sucht** für sofort oder später **Stellung** als **Feldbeamter oder Alleiniger.** Gute Zeugnisse u. Empf. vorh. Gefl. Off. bitte an **Leo Spitzer, Nowawieś,** p. Gromadno, Szubin.

Wegen Wirtschaftsveränderung **suchen** wir für unseren 1319 **ersten Beamten** zum 1. 4. 34 bezw. früher **anderweit. Stellg. Dom. Rutkowice,** pow. Działdowo. Gefl. Angeb. an Herrn **v. Rekowski, Rutkowice,** p. Płośnica, powiat Działdowo.

Suche Stellung als **Wirt** oder sonst desgleichen. 49 Jahre alt. Langjährige Zeugnisse vorhanden. 1124 **St. Wdowczyk, Leszcz,** p. Swarzyniki p. Toruń.

200 Złoty zahle demjenigen, der **Landwirt** mit 6jährig Beamtenpraxis **ledige Beamten-, verh. Wirtschafter- oder Wirtsstelle** verschaff. kann od. dabei behilflich ist. Offerten unter **B. 1315** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Gärtner verh., 33 J. alt, 18jähr. Praxis, erf. Orchideen-, Ananas- u. Bananenzücht., zugl. Frühgem., Treibh., Baumschule u. Bienenz. Langj. Zeugn. u. gute Empfehl. vorh. **Romanowski.** 1265 **Konarzew, p. Krotoszyn**

Suche für meinen **Forst-Lehrling** welcher 4 Monate bei mir gelernt hat u. sehr energisch und fleißig ist, **anderweitige Lehrstelle** gegen Pensionszahlg. Offerten unter **N. 1296** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Wirtin, 28 J., wünscht **Stellung** bei gut. Behandlung, evtl. Taschengeld erw. Off. u. **U. 1255** a. d. Geschst. d. Z.

Suche v. 1. 2. **Stellung zu Kindern** oder **als selbständige Wirtin.** Bin 28 Jahre alt evgl., gute Zeugn. vorhand. Offerten unter **L. 688** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Zuverl., evg. Mädchen aus gut. Fam. v. Lande, 32 J. alt, perf. i. Kochen u. Führung des Haushaltes **sucht** mögl. **selbständige Stellung** als **einfache Wirtin.** Offert. unt. **Z. 1267** an d. Geschst. d. Zeitg. erbet.

Jg. Landwirtstocht. m. g. Zeugn. sucht Stell. als **Wirtsch.** od. ähnl. Ausk. An.-Exp. Holtzendorff. Gdańska 35. 621

Zwei Schwestern, evgl., suchen von sofort oder 1. 2. 34 Stellung als **Stubenmädchen.** Eine ist schon 3 Jahre Stubenmädch. gewes., die andere sucht Anfangsstelle. Off. unter **M. 1230** a. d. G. d. Ztg.

Besitzertochter m. Koch-, Näh- und Plättkenntnissen **sucht Stellung** in bess. Haushalt. Off. u. **K. 684** a. d. G. d. Ztg.

Besseres Mädchen, 22 Jahre alt, in allen häuslich. Arbeiten und Nähen bewandert, der deutsch. u. poln. Sprache mächtig, **sucht** Stellung ab 1. Febr. Off. unter **E. 641** a. d. Gschst. d. Bl.

Evangel. Mädchen 24 J. alt, mit **Koch- und** Nähkenntnissen, **sucht von sofort Stellung** bei älter Herrschaften od. alleinstehd. Dame. Gehalt 15 Zł. monatlich. Zuschrift. unter **O. 1298** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Evgl., ehrl., 17 J. altes Mädchen sucht sof. od. spät. Stellg. als 1314 **Zimmermädch.** Christl. Haus bevorz. Ang. m Gehaltsang. b. z. s. a. Frl. **Hulda Link Sławsko-Małe,** poczt. Strelno, pow. Mogilno

Evgl., besseres Mädel mit Näh-, Plätt- und Handarbeitskenntnis, **sucht** vom 1. 2. Stellg als **Stuben- od. Hausmädel.** Off. u. **W. 628** a. d. Geschst. d. Ztg. erb.

Besseres Mädchen das koch. und näh. kann, **sucht** v. 1. 2. oder später **Stelle als Stütze** in Guts- od. Stadthaushalt, evtl. a **als Stubenmädchen.** Gefl. Angeb. unter **A. 1268** an die Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Bessere Mädchen Halbwais., **suchen Stell.** z. 15. 2. od. 1. 3. 34 zu ält. Herrschaft., die sie mit Liebe pfleg. möcht., wie ihre eigenen Eltern. Offerten unter **C. 660** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Suche für älteres, einfaches, aber tüchtiges, sauberes und ehrliches **Mädchen (kath.)** Stellung in bess. Haushalt, wo es sich im Kochen ausbild. kann. Ohne gegens. Vergütig. Angeb. unt. **O. 693** a. d. Geschst. d. Dt. Rdsch. erb.

Evgl. Besitzertochter, 20 J., d. k. Arb. scheut, s. Stellg., w. sie Koch. lern. u. sich i. d. Wirtsch. vervollk. **Elly Rennwanz, Czarnebłoto,** poczta Rozgarty, pow. Toruń. 1307

Suche z. 1. 4. Stellung auf einem Gut als verh. **Schmied u. Maschinist** Bin 30 J. alt. Off. erb. **J. Stalowski, Olszewko,** p. Nakło, z. Zt. b. Hrn. Gutsbes. **Doering.** 1266

Älterer **Fleischergeselle** mit langjähr. Zeugniss. aus größer. Betrieben welcher mittl. Betrieb selbst führen kann, **sucht** ab 15. Februar d. Js. **Stellung.** Off. unt. **G. 1201** an d. Geschst. d. Ztg. erb.

Schweizer mit sehr gut. Zeugnissen **sucht** vom 1. April 1934 Stellung zu jeder Anzahl Vieh. 1317 **Antoni Lis Wąsosz,** pow. Szubin.

Gärtner sucht Stellung. Verh., 33 J. alt, 18 jähr. Praxis, erf. Orchideen-, Ananas- u. Bananenzücht., zugl. Frühgem.-Treiberei, Baumschule m. Bienenzucht. Gute Empfehl. u. langjahr. Zeugn. vorh. Off. unt. **W. 1265** a. d. Gst. d. Z.

Unverh. Gärtner 38 J. alt, mit Gewächshäuser, Frühbeet., Gemüse- Blum.-, Bienenzucht und Parkanlagen vertr., **sucht** von sofort oder später **Stellung.** Offerten unter **B. 1269** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Jg., verh. Gärtner kath., mit g. Fachk. und langjähr. Zeugn. (letzte Stellg. 8 Jahre), **sucht** ab 1. April Stellg. auf gr. Guts- oder Privat-Gärtnerei. Off. unter **K. 1290** a. d. Geschst. der Deutsch. Rundsch. erb.

Gärtner mit g. Zeugniss. u. Empfehlungen, **sucht** Stellg. **Kościelski, Chełmno** ul. Stroma 3. 629

An- und Verkäufe

Prämienbulle Berndt II eingetrg. im Posener Herdbuch unter Nr. 3833, wegen herangewachsener Nachzucht **äußerst preiswert** abzugeben oder gegen **Magervieh einzutauschen.** Weitere Auskunft erteilt und gefällige Offerten erbittet 1171 **Güterverwaltung Markowice, poczt. Markowice.**

v. Blücher'sche Forstverwaltung Post u. Bahn **Ostrowite,** kol. **Jabłonowo,** Pom. gibt ab **ca.** 300 fm gesundes **Kiefernlangholz** 3. u. 4. Kl., **ca. 30 fm Birken-, Erlen- und Eichennutzholz, Birkendeichseln,** auch in kleineren Posten. Holz kann nach vorheriger Anmeldung besichtigt werden. 1278

Zinshaus Zentrum komfort., 15% Kaufprs. 35 000 zł verk. 675 **W. Małek, Gdańska 46.**

Landwirtschaft 170 Mg mit lebend. u. totem Inv. zu verkauf. Off. u. **H. 671** a. Gst. d. Zt.

Haus zu verk., 17000 zł Anz Off. u. **M. 689** a. Gst. d. Z.

Kleineres Hausgrundstück mit ca. 2 Morg. Garten in Kleinstadt od. Nähe größ. Stadt, **zu kaufen gesucht.** Gefl. Offert. an **K. Döring, Rogowo** pow. Żnin. 1295

Reitpferd 4½ Jh. braun. Wallach. vollk. zugeritten, sehr schön Pferd oh Fehler, zu verkaufen. Off. unt. **S. 697** a. d. Geschst. d. Z.

2 Zuchtbullen 15 und 8 Monate alt, **2 Bullkälber** 6 und 3 Wochen alt verkauft 1281 **Schauer, Wymysłowo,** p. Koronowo. Tel. 21.

Ein Wurf rassereiner **deutscher Schäferhunde** zu verkaufen **3-go Maja 8-5.** 673

Klavier zu kaufen ges. Off. m. Preisangabe unt. **F. 669** an die Geschst. d. Ztg. erb.

Telefunken W 9 Radio für großen Empfang. Netzanschl., fünf Röhren, m. groß. Lautsprech bill. zu verk. **H. Engel, Toruń,** Łazienna 6. 1293

Schlafzimm., Birke pol. **vk. Warmińskiego 12.**

Ein gut erhaltener **Persianer-Pelz** für Damen preisw. zu verkauf. **ul. Melchiora** 668 **Wierzbickiego 3,** m. 10

Bücher An- und Verkauf. Tausch und verleihe billigst **„Agentura gazet", Długa 23,** róg Jezuickiej. 672

Gold und Silber sowie Silbergeld kauft **B. Grawunder,** Dworcowa 57. Tel. 1698. 895

2zöllig. neuer Arbeitswagen und Geschäftswagen bill. zu verkauf. **Hetmańska 25.** 694

Balken, Kantholz, Schal- u. Kistenbretter billigst 682 **Sägewerk Fordońska 48** Tel. 99 **Übernahme von Lohnschnitt**

Gebrauchte, sehr gut erhaltene **Walzenschrotmühle,** Stilles-Pat. Nr. 3, Walzenlänge 35 Zentimeter, z. Kraftantrieb, **verkauft** w. u. Wert. Off. u. **P. 1299** a. d. Geschst. d. Ztg. erb.

Quarz-Lampe (Höhensonne), 110 Volt, kaufe. Angeb. u. **E. 666** an d. Geschäftsst. d. Ztg.

Gut erhaltene 1167 **eiserne Drehbank** deutsch. Fabr., Drehlg. üb. 2 m. sehr preiswert zu verkaufen. **Fr. Fiessel, Dąbrowa,** pow. Chełmno.

Mechanische 678 **Tischlerhobelmaschine** verkauft billig **Herm. Frankiego 3,** m. 11

Suche mit eigenem leb. und tot. Inventar **Pachtung** bzw. **Kauf eines ca. 1000 Mrg. großen Gutes.** Gefl. Off. unt. **D. 1273** a. d. Geschst. d. Ztg. erb.

Suche Landwirtschaft von 400—600 Morgen, Weizenboden — aus deutscher Hand — in Pommerellen zu pachten. Zuschriften mit Pachtbedingung n unt. **M. 1294** an die Geschst. dieser Zeitung erbeten.

Geschäft m. Einrichtung u. Wohnung, beste Lage am Markt und Bahnhof, günstig zu verm. 1263 **Grunwaldzka 78, Wirt.**

Lagerraum Nähe Bahnh., zu verm. **Möller,** Sniadeckich 40. Telephon 5. 679

Schmiede zu verm. Handwerkszeug zu verk. Zu erfr. in der Gst. d. Ztg. 644

Wohnungen

Weißenhoffa 5 1168 **Wohnung** von 5 Zim., Bad, Zubeh., Zentralheizung, hochparterre, zum 15. 2. zu vermieten.

4-5-Zimm.-Wohng. mit allem Komfort für **jung. Ehepaar zu mieten gesucht.** Uebernahme in der Zeit vom 1. 3. bis 1. 10. 34. Jahresmiete k. auf Wunsch im voraus gezahlt werden. Angeb. erbittet **Antoni Piliński, Bydgoszcz, Nowy Rynek 8** Telefon 407. 677

4—5-Zim.-Wohng. sucht von sofort 1297 **Belau,** Lehrer em., **Dzięgciarnia, p. Jeziórki** zab., powiat Wyrzysk.

3-Zimmer-Wohng. in der Ossolińskich, Hochparterre, mit Bad, Zubehör, Etagenheizung, renoviert, sofort zu vermieten. Anfrag. unt. **R. 696** a. d. Gst. d. Ztg.

2- oder 3-Zimmer-Wohnung gesucht v. pünktl. zahld. kinderlos. Miet. Preis etwa 60—65 Zł. Offert. unter **J. 683** an die Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

2 Zimmer und Korrid. m. Zentralheizung **zu vermieten. Jul. Ross** 1279 Grunwaldzka 20. Tel. 48

Möbl. Zimmer

Möbl. Zimmer ab 1. 2. zu vermiet. 690 **3 go maja 12,** part. r.

Möbl. Zimm. f. berufst. Dame m. sep. Eing. z. vm. 674 **Sienkiewicza 21,** m. 2

Möbliertes Zimmer sofort zu vermieten. 658 **Mazowiecka 4, Whg. 6.**

Möbl. Zimm. zu verm. **Petersona 2, W. 2.** 654

Freundlich möbliertes Zimmer m. elektr. Licht zu verm. **Gdańska 89,** Wg. 4. 584

Pachtungen

Gärtnereigrundstück zu verpachten oder zu verkaufen. Off. u. **G. 670** a. d. Geschst. d. Bl. erbet.

Pensionen

Schüler od. **Schülerinnen** finden **gute und billige Pension.** Off. u. **L. 1099** an d. Geschst. d. Ztg. erb.

Pension für einen Gymnasiast., 14 Jahre alt, in guter evgl. Familie gesucht. Offerten unter **F. 1282** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Pommerellen.

22. Januar.

Graudenz (Grudziądz).

Unterschlagene Steuergelder in Höhe von 2500 Złoty

brachten den früheren Gemeindevorsteher des Dorfes Skarschewo (Skarszewy), Kreis Graudenz, Franciszek Dembek und seinen Sohn Tadeusz auf die Anklagebank des hiesigen Bezirksgerichts. Die Verhandlung warf bezeichnendes Licht auf die in der genannten Gemeinde seinerzeit herrschenden Verwaltungszustände. Es ergab sich nämlich, daß nicht der Gemeindevorsteher selbst, sondern sein mitangeklagter Sohn die Geschäfte geführt hat. Wie dieser behauptet, habe er, ohne seinem Vater davon etwas zu sagen, seinem Schwager, einem Ingenieur, mit einer größeren Summe Geldes, die er zwecks Antritts einer Stellung als Kaution brauchte, geholfen und dabei, ebenfalls ohne Wissen des Vaters, eingezogene Steuerbeträge benutzt. Der Vater hätte, so erklärte der ihn in Schutz nehmende Sohn, sich in der Führung der Bücher und Kasse nicht genügend zurechtfinden können, und deshalb habe er (der Sohn) eigentlich die Gemeindevorsteherfunktionen ausgeübt. Die Aussagen des Vaters unterschieden sich von denen des Sohnes in nichts. Franciszek D. will absolut nichts von den Mißbräuchen, die sich sein Sohn zuschulden kommen ließ, gewußt haben. Erst dann habe er (der alte D.) etwas davon erfahren, als das Starostwo wegen nicht abgeführter Steuern Mahnungen sandte. Beide Angeklagte bestritten ganz entschieden, sich selbst auch nur einen Groschen der öffentlichen Gelder angeeignet zu haben.

Als Zeugen vernommen wurden auch einige Landwirte, die, obwohl sie ihre Abgaben entrichtet hatten, zu deren Bezahlung erneut aufgefordert worden sind.

Auf Grund des Ergebnisses der Verhandlung kam das Gericht tatsächlich zu der Auffassung von der strafrechtlichen Schuldlosigkeit des Vaters Franciszek Dembek und sprach ihn frei. Der Sohn Tadeusz dagegen erhielt acht Monate Gefängnis, von denen die Hälfte unter die Amnestie fällt. *

× **In Schmerzen sich windend** wurde in der Nacht zum Sonnabend in der Börgenstraße (Sienkiewicza) von der Polizei eine weibliche Person liegend aufgefunden. Es war eine Arbeiterin aus Maxtal (Maksymiljanowo), Kreis Bromberg, die sich im Zustande der bevorstehenden Niederkunft befand. Es wurde für die unverzügliche Überführung der Hilfsbedürftigen ins Krankenhaus Sorge getragen. *

× **Das Urteil in der betrügerischen Kurpfusch-Strafsache** des Pseudografen Rodowicz, das Sonnabend mittag 12 Uhr verkündet wurde, lautete auf 2 Jahre Gefängnis. *

× **Säcke im Sack.** In der Petersilienstraße (Wąska) traf am Freitag nachmittag 15,30 Uhr ein Polizeibeamter einen mit einem gefüllten Sack beladenen Mann an. Als dieser des Polizisten ansichtig wurde, warf er seine Last zu Boden und gab Fersengeld. Der Sack enthielt, wie der Polizeibeamte feststellte, 20 weitere Säcke, die jetzt auf dem Kommissariat ihres Eigentümers harren. *

× **Zwei Einbrecher,** der 32jährige Techniker Jan Iwański und dessen Schwiegervater, der 54jährige Arbeiter Stefan Statkiewicz, hatten sich am Freitag vor der Strafkammer des Bezirksgerichts zu verantworten. Am 26. Oktober 1932 statteten Diebe der Wohnung von Frau Pelagja Bródka und Władysław Adamski, Pohlmannstraße (Mickiewicza) 3, Visiten ab und stahlen Kleidung, Wäsche und andere Sachen. Die polizeilichen Nachforschungen förderten als Täter die beiden eingangs Genannten ans Tageslicht. Statkiewicz war bereits gerichtlich bestraft und stand unter polizeilicher Aufsicht. Bei Iwański wurde eine Reihe von Gegenständen gefunden, die sowohl von Frau Bródka wie von Adamski als ihr Eigentum erkannt wurden. In der Verhandlung war Iwański geständig, den Einbruch in Gemeinschaft mit seinem Schwiegervater Statkiewicz ausgeführt zu haben. Auch dieser gab seine Beteiligung zu, behauptete aber, daß er nicht in die Wohnung hineingegangen sei, sondern „nur" auf der Straße Schmiere gestanden habe. Nach Vernehmung der Zeugen verurteilte der Gerichtshof den Angeklagten Iwański zu 8 Monaten und seinen Schwiegervater Statkiewicz zu einem Jahr Gefängnis. Da nach Ansicht des Gerichts gewisse mildernde Umstände in Betracht kommen, billigte es den Verurteilten eine fünfjährige Bewährungsfrist zu. *

t **Der Sonnabendwochenmarkt** hatte wieder gut Zufuhr und regen Verkehr zu verzeichnen. Die Butter kostete 1—1,30, Eier 1,60—1,80, Weißkäse 0,10—0,60; für Äpfel zahlte man 0,35—0,60,, Weißkohl 0,05, Rotkohl 0,10, Mohrrüben 0,05—0,10, Rosenkohl 0,25—0,30, Spinat 1,00, Rote Rüben, Wruken, Zwiebeln 0,10—0,15, Kartoffeln pro Zentner 2,80—3,00, Grünzeug das Bündchen 0,10; Gänse kosteten das Pfund 0,70—0,80, Enten 3—4,00, Puten 4,50—6,00, Hühner 2,50—3,50, Tauben das Paar 1,00, Hasen 3—3,50. In den Fischständen gab es Hechte zu 0,90—1,00, Karauschen 1,00, Neunaugen 0,70—0,80, Plötze 0,35—0,50, frische Heringe drei Pfund 1,00, Breitlinge das Pfund 0,10, Sprotten 0,25—0,40. Eine Fuhre Kleinholz erhielt man für 4—6,00, einen Sack 0,90—1,00, ein Bündchen 0,20, 10 Bündchen Kien 0,20, Tannengrün und Palmkätzchen das Bündchen 0,10. *

Thorn (Toruń).

‡ **Der Wasserstand der Weichsel** fiel weiterhin um 3 Zentimeter und betrug Sonnabend früh 0,89 Meter über Normal. * *

t **Statistik der Feuerwehr.** Im Jahre 1933 wurde unsere Berufsfeuerwehr zu 8 Großfeuern, 12 Mittel- und 33 Kleinfeuern gerufen, außerdem 16 mal zu Rußbränden in Schornsteinen. Die bedeutendsten Brände waren die der Stärkefabrik „Lubań-Wronki" und der Ölmühle von Laengner & Illgner. Außerdem leistete die Wehr 5 mal bei Wasserrohrbrüchen und 21 mal bei Unglücksfällen Hilfe, führte 47 Revisionen auf Brandsicherheit durch, 219 Wohnungsdesinfektionen und 179 Desinfektionen von Kraft- und Fleischerei-Wagen. Die Wehr wurde 44 mal zu Übungen und 7 mal mutwillig alarmiert. * *

v **Protestversammlung.** Am Freitag fand im großen Saale des Wenecja-Parks eine von der Nationalen Arbeiter-Partei und der Polnischen Sozialistischen Partei veranstaltete Versammlung statt, in der gegen die neuerlichen Änderungen in der Sozialgesetzgebung protestiert wurde. Nach Schluß der Versammlung fand vor dem benachbarten Gebäude der „Sozialen Versicherungsanstalt" (bisher Krankenkasse) eine Demonstration statt. Die Demonstranten stellten im Vorgarten einen Sarg auf, in dem, wie eine Aufschrift besagte, die Sozialversicherung ruhe. Nach dem gemeinsamen Absingen eines Liedes und nachdem der Sarg zerstört war, gingen alle Beteiligten ruhig auseinander. * *

≠ **Ein netter Sohn.** Der Schulstr. (ul. Sienkiewicza) 18 wohnhafte Theodor Geisel erstattete der Polizei Meldung, daß sein eigener Sohn, der 24 Jahre alte Bernhard G., ihm am Freitag 1150 Złoty, zwei Taschenuhren und zwei Trauringe gestohlen habe und dann in unbekannter Richtung geflüchtet sei. Die Polizei hat die Suche nach dem jungen Mann mit dem „einnehmenden Wesen" sofort aufgenommen. * *

v **Vor der Strafkammer** des Bezirksgerichts in Thorn begann der Prozeß gegen den Drogeriebesitzer Konrad Sikora und den Gerichtsvollzieher Stanisław Bartkowiak. Dem Erstgenannten wirft die Anklage betrügerischen Bankrott sowie die unrechtmäßige Aneignung von 1500 Złoty vor, ferner eine Wechselmanipulation zum Schaden der Kommunalsparkasse in Thorn und die Nichtzahlung von 1600 Złoty Miete an den Hauswirt. Der Zweitangeklagte ist der Überschreitung der Amtsbefugnisse, der Unterlassung einer Möbelbeschlagnahme zum Schaden der Gläubiger und zwecks Vermögensvorteils für die eigene Ehefrau angeklagt. Der Prozeß, zu dem über 40 Zeugen geladen sind, dürfte über zwei Tage in Anspruch nehmen. **

≠ **Ein Autodiebstahl** setzte in der Nacht zum Sonnabend einen Droschkenchauffeur und die Polizei in Aufregung und fieberhafte Tätigkeit. Der Führer Władysław Łukaszewski der Autotaxe Nr. 30 mußte zu seinem Schrecken feststellen, daß sein Fahrzeug gestohlen war, als er zwecks Entgegennahme der Bezahlung einen Fahrgast in dessen Wohnung begleitet hatte. Sonnabend wurde der Kraftwagen dann endlich vor der Reparaturanstalt von Cierpiałkowski, Karlstr. (ul. Wola Zamkowa), aufgefunden. Die Uhr zeigte einen Verbrauch von 30 Złoty an. Zur Freude des Chauffeurs funktionierte die Maschine noch. Wer das Auto entführt hat, ist noch nicht ermittelt worden. * *

v **Wegen Beschimpfung** des polnischen Volkes und Staates verurteilte das hiesige Burggericht Leokadja Okoniewska zu 7 Monaten Gefängnis mit fünfjährigem Strafaufschub. * *

t. **Wegen Meineids** wurde Ferdynand Busch von hier durch das Burggericht zu 1 Jahr Gefängnis mit Strafaufschub auf 3 Jahre verurteilt, wogegen er sofort Berufung einlegte. B. hatte in einem Prozeß zwischen einem Hauswirt und dessen Mieter ausgesagt, daß der Hauswirt bei der Niederschrift eines Kontraktzusatzes nicht in der Wohnung des Mieters anwesend gewesen sei. Der Mieter, der mit seiner Ehefrau das Gegenteil ausgesagt hatte, erstattete daraufhin Anzeige wegen Meineids. Das Gericht schenkte ihm und seiner Ehefrau mehr Glauben und fällte daraufhin obiges Erkenntnis. * *

≠ **Wegen verbotenen Hasardspiels** bezw. unter Diebstahlsverdacht wurden am Freitag drei bezw. zwei Personen festgenommen und zusammen mit einer wegen Ausschreitungen und tätlichen Widerstandes gegen die Polizei in Polizeiarrest gesetzt. — Angezeigt wurden fünf Diebstähle, die hundertprozentig aufgeklärt werden konnten, ein Betrug und sieben Übertretungen polizeilicher Verwaltungsvorschriften. * *

---

d. **Gdingen** (Gdynia), 20. Januar. Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich heute auf dem Bahngeleise gegenüber dem Wohnhause der Eisenbahnangestellten in der Danzigerstraße. Vom Transit-Schnellzug wurden hier zwei Personen überfahren, wobei eine von ihnen sofort getötet wurde, während die andere schwere Verletzungen davontrug. Getötet wurde Kazimierz Walkowski, Angestellter der Firma „Foto-Herma"", der, wie Augenzeugen aussagen, auf einen in entgegengesetzter Richtung fahrenden Güterzug springen wollte. Dies gelang ihm nicht und in diesem Augenblick wurde er von der Schnellzuglokomotive erfaßt, die ihm beide Beine vom Leibe trennte und zur Seite schleuderte. Er fiel hierbei mit dem Kopfe so heftig gegen einen Stein, daß er einen schweren Schädelbruch erlitt. Der Tod trat auf der Stelle ein. Schwer verletzt wurde der Marktkaufmann Lepka, der mit seinem Bruder mit mehreren Milchkannen auf einem Fahrrad das Geleise passieren wollte. Er wurde von der Lokomotive erfaßt und zur Seite geschleudert. Man schaffte ihn in hoffnungslosem Zustande ins Krankenhaus. Der Bruder des Verletzten konnte dem Unheil noch entgehen.

tz **Konitz** (Chojnice), 21. Januar. Am Freitag abend hielt der Seglerklub im Hotel Engel eine gutbesuchte Monatsversammlung ab. Zunächst fand die Aufnahme von 6 neuen Mitgliedern statt. Sodann entspann sich eine lebhafte Diskussion über die Finanzlage des Klubs. Nach längerer Beratung wurde beschlossen, diesen Punkt zurückzustellen, bis die Verpachtung der Klubrestauration erfolgt ist. Der Vorstand wurde beauftragt, die notwendigen Schritte in dieser Angelegenheit zu unternehmen und die Mitgliederversammlung von seinem Beschluß in Kenntnis zu setzen. Da jetzt Aussicht zu bestehen scheint, daß der Klub eine größere Anleihe erhält, ist die Finanzlage des Klubs als verhältnismäßig günstig zu bezeichnen. Zur Tagung des Seglerverbandes in Warschau wurden die Herren Major Dobrzanski und Kaletta delegiert. Es soll besonders bei dieser Tagung darauf hingewirkt werden, daß auf unserem wundervollen Segelgelände einige Boote des für die Olympiade 1936 zugelassenen Typs stationiert werden. Ferner soll eine möglichst umfangreiche Propaganda für Müskendorf unternommen werden und der Bau von weiteren Booten nach Möglichkeit gefördert werden.

Der heutige Wochenmarkt war sehr schlecht besucht. Buttere brachte 1—1,30, Eier kosteten 1,80—1,90.

p **Neustadt** (Wejherowo), 21. Januar. Auf dem letzten Wochenmarkt, der kaum mittelmäßig beliefert und besucht war, kosteten Kartoffeln 2,50, Eier 1,80—2,00, Butter 0,90—1,10, Ferkel 8—12, größere und ältere Tiere 20 bis 25 Złoty das Stück.

f **Strasburg** (Brodnica), 20. Januar. Geflügel und Schweine scheinen hier in letzter Zeit von Spitzbuben besonders begehrt zu werden. Und in den meisten Fällen gelingt es den Dieben, mit ihrer Beute spurlos zu verschwinden. So wurden der Leokadja Witkowska aus Griewenhof (Grzybno) 16 Hühner, dem Fr. Treder aus Gorschen (Gorczenica) 30 Hühner und dem Emil Rosenau aus Neuhof (Nowydwór) 30 Hühner und 4 Puten gestohlen. In Jastrzebien drangen Diebe in den Schweinestall des Philipp Magalski, schlachteten ein fettes Schwein und verschwanden damit spurlos.

x. **Zempelburg** (Sępólno), 21. Januar. Der Winterhilfe-Ausschuß des Kreises Zempelburg veranstaltete am vergangenen Freitag im Saale des Zentralhotels einen Volksunterhaltungsabend, der einen derartig zahlreichen Besuch aus Stadt und Land aufwies, wie ihn der Saal wohl selten gesehen hat. Die Spielgruppe des Landesverbandes für Jugendpflege hatte zu diesem Abend aus Bromberg neun Arbeitslose gesandt, die — nach vorangegangener Begrüßungsansprache von Bankdirektor Belau-Zempelburg über Zweck und Ziel dieser Veranstaltung — durch verschiedene Lieder zur Laute in bester Weise zur Unterhaltung der Gäste beitrugen. Die kernigen Gesänge dieser von tiefem Ernst für ihre Sache erfüllten jungen Leute fanden bei den Zuhörern eindrucksvolle Aufnahme. Heimatliebe, Kameradschaftlichkeit, völkische Begeisterung, daneben auch jugendlicher Frohsinn durchwehten diese Lieder der neuen Zeit. Die sodann zur Aufführung gelangte Rütli-Szene aus Schillers „Wilhelm Tell" war gleichfalls ein Bekenntnis treuer Liebe und wurzelstarker Anhänglichkeit an die angestammte Heimaterde. Heiteren Charakter trugen die beiden folgenden Spiele „Hansen und Jansen" von Heinz Mohr und „I — ah! der Esel" von Steguweit, die durch ihren köstlichen Humor die Lachmuskeln der begeisterten Zuhörer nicht ruhen ließen. Die jugendlichen Darsteller verstanden es auch ausgezeichnet, durch ihr flottes, sicheres Spiel und treffende Charakteristik der einzelnen Rollen dem überfüllten Saale erquicklichste Unterhaltung zu bieten, wofür ihnen seitens der Zuschauer am Schlusse ihrer Darbietungen mit stürmischem Beifall gedankt wurde. Die nach beendeter Vorstellung veranstaltete Sammlung ergab für das Winterhilfswerk einen ansehnlichen Betrag.

Thorn.

Graudenz.

Danzigs „Goldenes Buch der Not."

(Von unserm Danziger Mitarbeiter.)

Als vor fünf oder sechs Jahren die „Danziger Zeitung" den Vorschlag machte, der Senat der Freien Stadt möge, um der wachsenden Not und Arbeitslosigkeit zu begegnen, ein Buch der Not auflegen, wurde diese Idee als utopisch zu den Akten gelegt. Wenn heute die Danziger Regierung ein solches Buch der Not auflegt und mit dem Vertrauen auflegt, zu dem das große Werk der Danziger Winterhilfe mit der Spendefreudigkeit aller Kreise der Bevölkerung rechnet, so ist in dieser Tatsache nicht nur der politische Umschwung in Danzig erkennbar, sondern vor allem die tiefgehende und erfreuliche Revolutionierung der Geister in Danzig.

Auf Einladung des Senats fand am Freitag mittag im Plenarsitzungssaal des Volkstages die feierliche Auflegung eines Goldenen Buches der Not für Danzig statt. Nach einem musikalischen Vortrag ergriff der Senator für Volksaufklärung und Propaganda das Wort, um als Staatskommissar für das Winterhilfswerk zu berichten über die großen Leistungen, die in den hinter uns liegenden Wintermonaten von der Danziger Bevölkerung vollbracht wurden. Er forderte zu weiterer emsiger Arbeit auf. Deutsch sein heiße treu seinem Volke sein. Treu seinem Volke sei aber nur der, der sich nicht drücke, wenn es ans Opfern gehe. Statt des früheren parlamentarischen Geschreis solle jetzt eine neue Arbeit mit und für das Volk, eine Tat des Gemeinsinns eingeleitet werden. Gemeinsam in die Not geraten, kommen wir auch nur gemeinsam wieder heraus. Die einzigartige Einmütigkeit, mit der die Danziger Bevölkerung sich hinter das Winterhilfswerk gestellt habe, habe reiche Früchte getragen. Der Senator konnte dann über

fabelhafte Leistungen

im einzelnen berichten. Nur einige Ziffern seien hier herausgegriffen. Innerhalb dreier Monate wurden ausgegeben und verteilt: über 120 000 Lebensmittelgutscheine, rund 840 000 Portionen Essen, 12 000 Liebesgabenpakete zu Weihnachten, rund 63 000 Zentner Kartoffeln, 158 000 Zentner Kohlen, fast 35 000 Pfund Zucker, an 3000 Pfund Butter, Käse und Margarine, rund 30 000 Pakete Seifenpulver, an 22 000 Wäschestücke, 7000 Bekleidungsstücke, 5600 Paar Strümpfe, 18 000 Paar Schuhe. Außerdem wurden 35 Zentner Wolle verstrickt, 11 500 Meter verschiedenartiger Stoffe für Bett- und Leibwäsche und sonstige Zwecke verarbeitet.

Der Senator dankte dann dem Gauleiter Staatsrat Forster für den Einsatz der NSDAP und dem Vizepräsidenten Greiser für die Hilfe aller Behörden beim Winterhilfswerk. Jetzt gälte es, neue Opfer zu bringen, um dem fliehenden Feind auf den Fersen zu bleiben. Da noch Generationen nach uns von diesem Hilfswerk, wie es in solchem Ausmaß nie zuvor dagewesen sei, sprechen würden, soll ein bleibendes, Jahrhunderte überdauerndes Andenken daran geschaffen werden. Er schenke deshalb der Bevölkerung Danzigs das Goldene Buch der Not. Der erste Teil dieses goldenen Buches gäbe alles wieder, was das Danziger Winterhilfswerk bisher geleistet habe, also eine Übersicht über die Spenden und ihre Verteilung. Der zweite Teil enthalte die Opferlisten, die jetzt zum Opfern ausgelegt werden. Von drei Gulden an aufwärts könne jeder Volksgenosse seinen Namen in das Buch eintragen, und der Name keines nationalen Danzigers dürfe in diesem Buch fehlen. Im übrigen bekommt jeder Opfernde zur Erinnerung eine Anstecknadel. Der Senator schloß mit dem Ruf: Aufwärts durch eigene Kraft!

Vizepräsident Greiser dankte im Namen des Senats dem Staatskommissar des Winterhilfswerks für seine aufopfernde Arbeit und machte ein paar grundlegende Ausführungen dabei. Er erinnerte an Bebels Ausspruch: Man muß die Wunden eines Volkes offen halten. Der Vizepräsident führte dann aus, wie sich in den Parlamenten in Deutschland und in Danzig immer erwiesen habe, wie der Marxismus nichts anderes wolle als die Wunden am Körper des Volkes offen halten. Niemand habe sich gefunden, der daran ging, der Not zu steuern. Adolf Hitler aber prägte nicht den Sozialismus einer materiellen Anschauung, sondern den Sozialismus einer Volksgemeinschaft. Praktische Bedeutung habe der nationalsozialistische Sozialismus im Winterhilfswerk gewonnen. Der Senat habe das Winterhilfswerk mit allen Kräften unterstützt. Er begrüße auch die neue soziale Tat: „das goldene Buch der Not".

Gauleiter Forster sprach mit Freude und Anerkennung davon, was in den wenigen Monaten seit der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Danzig an sozialer Arbeit geleistet worden sei. Es sei schon eine Tat, auf die man stolz sein könne, daß von 40 000 Erwerbslosen 15 000 wieder in Arbeit und Brot seien. Aber auch denen, denen man die Arbeit noch nicht habe wiedergeben können, hätte man helfen müssen. Darum sei das Winterhilfswerk in solchen gewaltigen Ausmaßen aufgezogen worden. Und auch da sei es eine Leistung, auf die die Danziger mit Freude und Stolz blicken könnten, daß 600 000 Gulden in bar gespendet worden seien. Aber das sei nicht genug! Die Million müsse voll werden! Was der Nationalsozialismus anfasse, sei von Erfolg gekrönt. Auch dieses Ziel werde erreicht werden! Nationalsozialismus bedeute ja nichts anderes als schaffen und arbeiten und fleißig sein! So wird es uns denn gelingen!

Darauf trug er sich als erster in das goldene Buch mit 500 G. ein, ihm folgten die Senatoren mit je 300 G.

Ein Versuch, den Völkerbund zu retten.

Unter diesem bezeichnenden Titel lesen wir im „Kurjer Poznański" was folgt:

Die Session des Völkerbundes beginnt in einer Atmosphäre des Optimismus und guter Aussichten für die Genfer Institution. „Die Angst hat große Augen!" — sagte man sich am Genfer See. Die ersten starken englisch-französischen Einspritzungen haben dem Völkerbund, obgleich sie ihn nicht gleich ganz auf die Beine stellten, dennoch Kraft und eine gewisse Hoffnung auf Wiedergenesung gebracht. Ob auf lange? Das weiß man nicht. Mag dem sein, wie ihm wolle, einstweilen konnte der Völkerbund und was in Genf mit ihm zusammenhängt, aufatmen. Wenn man nämlich alles zusammenfaßt, so ist das Resultat der Begegnung zwischen Simon und Mussolini dies, daß eine unmittelbare Gefahr für den Völkerbund fürs erste beseitigt ist. Der englische Außenminister hat alles getan, um Mussolini davon zu überzeugen, daß eine Stärkung der Genfer Institution notwendig ist und er hatte Argumente genug zur Hand, mit denen die italienische Politik sich abfinden mußte.

In einer Besprechung mit den Pressevertretern des Auslands und Italiens betonte Sir John Simon, daß die Reform des Völkerbundes auf seiner Stärkung beruhen müsse und nicht auf seiner Schwächung. In diesem Sinne lauten auch die englischen Pressestimmen, mit den „Times" an der Spitze, die betonen, daß nicht so sehr die Statuten des Völkerbundes sein Funktionieren lähmen als vielmehr das Verfahren. Simon ist also unter dem Einfluß der Pariser Besprechungen zu der Überzeugung gekommen, daß eine allzu weitgehende Reform des Statuts des Völkerbundes sein Tod sein würde, aber trotzdem unterliegt er gewissen Einflüssen Mussolinis, und dieser ist bekanntlich dafür, daß das Völkerbundstatut von dem Versailler Vertrage abzutrennen sei. Die italienische Politik arbeitet ständig in London und Paris in diesem Sinne. Auf diese Weise will Mussolini den Weg vorbereiten für seine Idee des Vierer-Paktes und der Revision der Verträge. In der letzten Zeit suchen der Führer des Faszismus und die italienische Presse diesen Plan in etwas gemäßigter Form vorzulegen. Man sagt, daß die Verständigung der Großmächte in dem Viererpakt, der eventuell verbreitert werden könne, sich durchaus nicht gegen die kleinen und mittleren Staaten richtet, sondern daß sie im Gegenteil den Zweck habe, deren bessere und friedlichere Entwicklung zu sichern. Vorerst wird die Frage der Grenzrevision übergangen. Mit einer systematischen Propaganda dafür muß man indessen rechnen, und man darf diese Frage nicht leichtfertig behandeln.

Die Frage der Abrüstung wurde in Rom, wie Simon wollte, als die dringlichere anerkannt. Und die Diskussion darüber wurde, wie Paris wollte, nach Genf verlegt. Wenn dies einen gewissen Erfolg der französischen These in Sachen des Völkerbundes darstellt, so wird damit durchaus nicht die Gefahr (!) der Abrüstungsfrage beseitigt, denn gerade in Genf wird der kombinierte englisch-italienische Druck in Richtung einer möglichst engen Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland ausgeübt, d. h. in dem Sinne, daß Frankreich gezwungen wird, zu den bisherigen weitgehenden Zugeständnissen noch neue hinzuzufügen. Denn wenn irgend jemand so wird Italien alles tun, um für Deutschland die tatsächliche Gleichheit der Rüstung zu erlangen.

Am Vorabend der Abreise Simons aus Rom traf dort der griechische Außenminister Maximos ein. Dies steht im Zusammenhang mit der großen Rührigkeit der Balkanstaaten, die sich seit längerer Zeit zu verständigen suchen. Der letzte Besuch des bulgarischen Königspaares in Belgrad ist dafür ein Beweis. Zwischen Sofia und Belgrad ist eine Annäherung erfolgt, die man in Rom nicht gern sieht. Immer deutlicher zeichnet sich die Tendenz eines allgemeinen Balkan-Paktes ab. Von diesen für Italien unliebsamen Eventualitäten will Italien lieber die zweite, weil es damit rechnet, daß es in einem Balkan-Pakt die Türkei und Griechenland hinter sich haben werde, und daß es Bulgarien eventuell für sich wiedergewinnt. Maximos erklärte in seinen römischen Unterhaltungen, daß die Balkanstaaten, die den Pakt erstreben, erwarten, Bulgarien werde ihn mit unterzeichnen, obgleich er den Zweck hat, den bisherigen Status quo auf dem Balkan zu konsolidieren. Die Abkommen mit Sofia nehmen eine Änderung des Vertrages von Neuilly nicht in Aussicht. Auf die Frage eines englischen Korrespondenten, ob Albanien sich an einem Balkan-Pakt beteiligen würde, erklärte Maximos, daß dies nicht der Fall sein würde; aber er fügte sofort hinzu, daß Albanien ein unabhängiger Staat sei, was Heiterkeit hervorrief. Offensichtlich kann Albanien ohne die Genehmigung Italiens keinen Schritt tun.

Ohrfeigen und krumme Säbel.

Pariser Brief

U. Sch. **Paris, 19. Januar.**

Die Camelots du roi haben ein besonders sinnfälliges Motto, in dessen Zeichen sie ihre Heldentaten auf der Straße verüben: „Embêter les bourgeois". Auf gut Deutsch heißt das: „Die Spießer giften!" Man muß es ihnen lassen, daß sie dieses „Handwerk" ganz ausgezeichnet verstehen. Manchmal möchte man sogar glauben, daß sie Sonderunterweisungen in Psychoanalyse genossen haben; denn sie suchen sich immer gerade das heraus, was den Bourgeois, das Sinnbild des französischen Bürgertums, mit all seiner Behäbigkeit und Langweiligkeit, unbedingt ärgern muß

Nun haben sie zwar ein paar Tage Ruhe gegeben, aber schon schwillt ihnen wieder der Kamm vor neuem Übermut. Gewiß, man nimmt sie nicht ernst. Aber man ärgert sich über sie mit einer gewissen Freude am Ärger, was auch eine psychoanalytische Erkenntnis ist. Eigentlich hat den guten Bürgern von Paris etwas in diesen Tagen gefehlt, und deshalb sind sie, obwohl sie ganz genau wissen, daß sie sich wieder ärgern müssen, doch im Grunde ihres Herzens recht froh darüber, daß es wieder etwas Tumult und Sensation gibt.

Die Wut und die Empörung auf das Parlament ist nach wie vor besonders groß. In einem Vorstadtkabarett singt allabendlich der Komiker ein Kouplet, dessen Strophen eine einzige Bosheit gegen das Parlament darstellen. Beschlossen wird der Sang mit der überaus bezeichnenden Bitte: „Herr, schick uns einen kleinen van der Lubbe!" Das mag für deutsche Ohren frivol klingen, offensichtlich aber nicht für französische, denn gerade diese Bitte wird jeden Abend mit frenetischem Beifall begrüßt.

Das Parlament hat also eine schlechte Zensur, und weil dies auch die parlamentarischen Freunde der Camelots wissen, haben sie in der Kammer bewußt neue Tumulte provoziert. In keinem Parlament der Welt, ausgenommen höchstens im englischen, wird soviel Wert auf Tradition gelegt wir im Palais Bourbon. Gewiß kann man einen anderen Abgeordneten angreifen, vor allem natürlich auch die Regierung, aber das vollzieht sich seit Jahrzehnten in bestimmten ungeschriebenen Formen eines parlamentarischen Knigge, die unter allen Umständen eingehalten werden müssen. Darum kümmern sich aber neuerdings die Herren von der radikalen Opposition der Rechten nicht mehr. Der Abgeordnete Henriot (nicht zu verwechseln mit dem bekannten Außenpolitiker Herriot, wie es gestern der „PAT" und damit auch uns geschehen ist. D. R.) hat sich bisher eigentlich nur in öffentlichen Versammlungen als Rufer im Streit betätigt. Nun ist er auch im Parlament rabiat geworden und hat gleich einem halben Dutzend von Ministern allerhand „Liebenswürdigkeiten' gesagt, die für deren Ohren nicht gerade erbaulich gewesen sein mögen.

Denn wenn auch der Staviski-Skandal offiziell zu Ende ist, nachdem Chautemps das Vertrauensvotum der Kammer eingeheimst hat, ganz vorüber ist er doch noch nicht, zumal nicht bei denen, die glauben, den anderen doch noch etwas vorwerfen zu können. Und da schließlich dieser und jener etwas Dreck am Stecken hat, an den er nicht erinnert sein möchte, herrscht so etwas wie eine überhitzte und gereizte Atmosphäre. Zielt man nicht auf die Westen, dann bespritzt man die Krawatten. Und da in den Augen der Rechten das ganze Parlament, abgesehen von ihnen selbst natürlich, aus Spießern besteht, werden sie eben ein wenig gegiftet. Auch die Politik beginnt in Frankreich bei einer Frau und endet bei ihr. Diesmal hat Herr Henriot einige nette Dinge von Fräulein Arlette Simon erzählt, die dann später Frau Staviski geworden ist. Nun kann man ja gewiß **sagen, daß es an sich furchtbar gleichgültig ist, was die vielgeprüfte Frau, die sich ganz offensichtlich weitester Sympathien erfreut,** in ihrer Mädchenzeit getrieben hat. Auch sind seitdem mehr als acht Jahre vergangen. Henriot hat aber die Geschichte so dargestellt, als ob eine Reihe von augenblicklichen Ministern zu ihr in intimeren Beziehungen gestanden hat. Aus Dankbarkeit hätten dann, so folgert Henriot weiter, diese Minister die Behörden veranlaßt, gegenüber Staviskis Gaunereien ein Auge zuzudrücken.

Selbstverständlich ist jedermann davon überzeugt, daß an allen diesen Dingen kein wahres Wort ist, oder daß sie zum mindesten in Wirklichkeit anders gewesen sind, als sie Henriot darzustellen beliebt. Paul-Boncour, der augenblicklich in Genf ist, hat denn auch umgehend telegraphisch geantwortet, daß er 1926 in seiner Eigenschaft als Rechtsanwalt der Rechtsbeistand Arlette Simons gewesen sei, aber natürlich habe er damals, darin muß man ihm Recht geben, nicht wissen können, daß sie später einmal den Betrüger Staviski heiraten werde.

Und Herr de Monzie? Der Unterrichtsminister, der an einer schweren Grippe zu Bett lag, wurde von seinem Parlamentssekretär sofort über die Erklärungen Henriots unterrichtet, verließ sein Bett und eilte zur Kammer. „Ich bringe ihn um, diesen Schmutzfink", schrie er. In den Wandelgängen der Kammer trafen beide Gegner aufeinander. De Monzie, bleich vor Zorn, sprang seinem Angreifer an den Hals. „Was haben Sie gesagt, ich soll in Beziehungen zu einer Haftgefangenen gestanden haben?" „Wiederholen Sie das noch einmal." Henriot stotterte eine Entschuldigung, daß seine Worte falsch verstanden seien oder entstellt worden seien.

„Feigling, elender Feigling, Dreckspatz, Schweinehund", schrie de Monzie mit geballter Faust. Dutzende von Abgeordneten und Journalisten waren auf den Lärm herbeigeeilt. Man hielt de Monzie fest, aber es war schon nicht mehr nötig. Der kranke Minister erlitt einen Herzanfall und fiel in Ohnmacht. Im gleichen Augenblick erschien die Wache der republikanischen Garde, die von irgendeiner Seite her mobilisiert worden war, auf dem Kampfplatz. Mit aufgepflanztem Bajonett drang sie in die Wandelhalle ein und räumte den Saal. Die Abgeordneten wurden in die inneren Säle abgedrängt, die Journalisten und die zahlreichen Schlachtenbummler wurden einfach auf die Straße gesetzt. Aber inzwischen hatte sich de Monzie schon wieder erholt. Er bat zwei Abgeordnete, ihm als Zeugen zu dienen. Die Beleidigungen, die ihm Henriot zugefügt hatte, seien so schwer, daß sie nur mit Blut abgewaschen werden könnten. Henriot benannte für sich selbst ebenfalls zwei Zeugen.

Jetzt freut sich wieder einmal der Spießr. Eifrig diskutiert man die Möglichkeiten: Degen, Säbel oder Pistole. An die vierte und zwar wahrscheinlichste, daß es nämlich überhaupt zu gar nichts kommen wird, denkt man nicht. Aber die heutigen Parlamentarier sind keine Bayards mehr, die ihre ramponierte Ehre nur mit Blut abwaschen können. Würde dies zur Norm, dann würde das Parlament zum Schauplatz von Massenduellen werden. Aber trösten Sie sich. Dazu wird es nicht kommen. Paris begnügt sich mit den Skandalen und Skandälchen und erörtert vor allem eine Frage: Woher mag Henriot eigentlich seine Kenntnisse bezogen haben? Die Sozialisten machen es sich sehr einfach mit der Beantwortung der Frage: Wer kann es anders sein als Herr Chiappe, der Priser Polizeipräfekt, der auf den roten Sozialismus wie das berühmte rote Tuch wirkt.

Es ist ein ewiger Kreislauf Die Regierung ist schuld, Chiappe ist schuld, das Parlament ist schuld, die Camelots sind schuld — wo ist eigentlich unter soviel Schuldigen noch ein Unschuldiger? Merkwürdige Frage: Natürlich der Bourgeois! Und solch einen Inbegriff der Tugend soll man nicht ärgern? Es sind doch prächtige Jungens, diese Camelots!

f.

Steinhagel gegen das Auto Macdonalds.

Einer Meldung des „Ilustrowany Kurjer Codzienny" aus London zufolge kam es dort während einer Ansprache, die Ministerpräsident Macdonald in einer öffentlichen Versammlung hielt, zu Ausschreitungen und Angriffen gegen den Ministerpräsidenten. Die Rede wurde andauernd durch Rufe und Pfiffe gestört, und als der Ministerpräsident schließlich nach Beendigung der Versammlung sein Auto besteigen wollte, hatte er eine nach Tausenden zählende Menschenmenge vor sich, die ihm gegenüber eine drohende Haltung einnahm. Nur mit Mühe gelang es starken Polizeiabteilungen, den Ministerpräsidenten vor der auf ihn eindringenden Menge zu retten. Gegen das davonfahrende Auto setzte ein Steinhagel ein, der zum Glück keinen weiteren Schaden anrichtete.

Neue englische Flottenaufträge.

Die englische Admiralität hat acht Zerstörer des Flottenbau-Programms von 1933 beträchtlich früher als erwartet worden ist, bei vier Privatfirmen in Auftrag gegeben. Die Zerstörer werden je 1375 To. Wasserverdrängung haben. Der Antrieb erfolgt durch Turbinen von je 36 000 PS, die den Fahrzeugen eine Geschwindigkeit von 35½ Knoten in der Stunde geben sollen. Jeder Zerstörer wird 288 000 Pfund kosten.

Die noch zu vergebenden Aufträge von zwei Kreuzern von je 8000 Tonnen Wasserverdrängung, einem Kreuzer von 5200 Tonnen, einem Flottillenführer, zwei Unterseebooten und drei Schaluppen werden vielleicht mit Ausnahme der Unterseeboote auch an Privat-Reedereien gehen.

Der Voranschlag der staatlichen Fonds.

Die Haushaltskommission des Sejm befaßte sich am Mittwoch mit den Etats der staatlichen Fonds, deren es fünf gibt, und zwar einen Kredit-, einen Wirtschafts-, einen Baufonds, einen Fonds zum Ausbau der Städte und ein besonderes Terrainkonto für den Städteausbau, das im Vorschlag diesmal zum ersten Mal figuriert. Alle diese Fonds unterstehen dem Finanzministerium.

Der Kreditfonds beträgt **135 Millionen Złoty**, von denen die Stickstoffwerke in **Mościce allein 59 Millionen** Złoty erhalten haben. Die Einnahmen dieses Fonds setzen sich aus Zinsen von Darlehen zusammen. Der staatliche Wirtschaftsfonds ist mit 152 Millionen, der Baufonds mit 234 Millionen Złoty veranschlagt. Der Städteausbaufonds, der nur eine ergänzende Rolle bei der Bauaktion hat, setzt sich zusammen aus den Einkünften aus der Wohnungssteuer, der Besteuerung der Bauplätze und der Tilgungssumme gewisser vom Staate vergebener Darlehen.

In der Aussprache **wandte sich** Abg. **Rymar** gegen die Wohnungssteuer, die angesichts der Verarmung der Bevölkerung vollständig abgeschafft, zumindestens aber herabgesetzt werden müßte. Weiter sprach der Redner über das Verhältnis der einzelnen Fonds zu einander. Fast sämtliche Fonds dienten einem Zweck, dem Wohnungsbau in den Städten. In der Praxis sehe die Sache so aus, daß der Fonds, der kein Geld hat, von einem anderen nimmt. Ist aber allen Fonds die Luft ausgegangen, so wird der Staatsschatz in Anspruch genommen — oder der Staatsschatz nimmt von ihnen, wenn bei ihm Ebbe ist. Der Redner trat schließlich für die Zusammenlegung der Fonds ein. Departementsdirektor Baczyński meinte, daß dies gewisse Schwierigkeiten begegnen würde, da die einzelnen Fonds ihre eigenen Gesetze haben. **Die Wohnungssteuer wolle die Regierung auch weiterhin erheben, da sie im vergangenem Jahre 75 Prozent der veranschlagten Summe eingebracht habe.**

Der Haushalt wurde ohne Änderung angenommen.

Warschau — „Zentralflugplatz der Welt."

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Bekanntlich finden gegenwärtig in Warschau polnisch-deutsche Verhandlungen über die Einführung eines ständigen Flugverkehrs zwischen Berlin und Warschau statt. Diese Verhandlungen sind von großer Tragweite, denn es handelt sich um die Vollendung der Riesenfluglinie: London—Berlin—Moskau—Tokio durch Eingliederung des Abschnitts: Berlin—Warschau, dessen Mangel sich in vieler Hinsicht nachteilig fühlbar machte. Bezüglich der Vorgeschichte der Warschauer Verhandlungen ist daran zu erinnern, daß im August 1929 in Berlin ein Flugabkommen zwischen Deutschland und Polen getroffen worden war, das jedoch deutscherseits aus dem Grunde nicht ratifiziert wurde, weil die Flugverbindung zwischen Warschau und Moskau noch nicht bestand. Seitdem hat sich die Sachlage durch das kürzlich zwischen Polen und Sowjetrußland abgeschlossene Flugabkommen gründlich geändert. Im Hinblick auf den ständigen Flugverkehr, der im Frühjahr zwischen Warschau und Moskau eingeführt werden soll, hat Deutschland den Augenblick für gekommen erachtet, den regelrechten Flugverkehr auch auf der Linie Berlin—Warschau zu verwirklichen.

Über die Vorteile, die man von der Einführung der Linie Berlin—Warschau erwartet, schreibt der „**Kurjer Poranny**" u. a.:

„Die Anknüpfung des regelmäßigen Flugverkehrs zwischen Warschau und Berlin wird alle europäischen und zum Teile auch die asiatischen und afrikanischen Fluglinien zu einem einheitlichen Ganzen verbinden. Polen hat bereits einen guten Flugverkehr mit den im Süden und Norden gelegenen Ländern, nämlich: mit Reval, Riga, mit Sofia über Bukarest, mit Triest über Wien und Prag. Nach Anknüpfung der Verbindung mit Moskau und Berlin wird **Warschau ein Zentralflugplatz der Welt** werden... Warschau wird die Knotenstation sein, in welcher alle wichtigsten Fluglinien Europas von Süden nach Norden und von Westen nach Osten zusammenlaufen werden."

Die Verhandlungen in Warschau nehmen einen guten Verlauf, und es besteht die Aussicht, daß schon im April oder Mai dieses Jahres der Flugverkehr auf der Linie Berlin—Warschau und zurück, den die deutsche „Lufthansa" und der polnische „Lot" bedienen werden, eröffnet werden wird.

Die Monopol-Wirtschaft

vor der Haushaltskommission des Sejm.

Die größte Zeit der Freitag-Sitzung **der Haushaltskommission des Sejm** nahmen das Referat und die Aussprache über die polnischen Staatsmonopole ein. Der Referent, Abgeordneter **Hutten-Czapski**, schilderte in einem Bericht die Bedeutung der Monopole für die Volkswirtschaft und betonte, daß von der Wirtschaftskrisis mittelbar auch dieses Gebiet infolge der Verarmung der Bevölkerung betroffen worden sei. Der Redner wies auf die Notwendigkeit hin, die Leitung der Monopole in einer Hand zu vereinigen. Der Verkauf der Monopolerzeugnisse hat sich von 507 579 000 Złoty im Jahre 1932/33 auf 483 840 000 Złoty im Wirtschaftsjahre 1933/34 verringert. Ohne das Zündholzmonopol beschäftigen die polnischen Monopole 2037 Beamte, 48 Meister, 13 265 Arbeiter und 175 verschiedene Angestellte. Die Einzahlungen in den Staatsschatz betrugen im Jahre 1932/33: 301 050 000 Złoty, **im Jahre 1933/34: 304 185 000 Złoty.** Diese Einzahlungen stellen jedoch keinen Reingewinn dar, da es sich um Einkünfte mit Einschluß der Beträge handelt, um die das Umsatzkapital der Monopole verringert worden ist. Infolge der Herabsetzung der Preise im Spiritus-Monopol ist ein Steigen des Spiritus-Verbrauchs zu verzeichnen, während infolge der Erhöhung des Salzpreises ein Sinken des Salzverbrauchs eingetreten ist. Dies weist auf die Notwendigkeit einer einheitlichen Preispolitik in den Monopolen hin.

Das Salzmonopo..

Die Salzproduktion der Staatssalinen betrug im Jahre 1928/29: 281 588 Tonnen, im Jahre 1932/33: 285 186 Tonnen. Der Verbrauch von Speisesalz sinkt seit dem Jahre 1928 ständig. Die Preispolitik des Speisesalzes müßte so korrigiert werden, wie die Preise im Tabak- und Spiritus-Monopol korrigiert worden sind. Dagegen ist der Verkauf von Industrie-, Export- und Viehsalz gestiegen. Das Steigen des Verkaufs von Viehsalz ist jedoch nicht begründet durch das Anwachsen der Viehmenge, sondern dadurch, daß dieses Salz auch von Menschen verbraucht wird. Mit der Ausfuhr einer größeren Menge Salz könne man mit Rücksicht auf die Konkurrenz anderer Staaten und auf die Kosten des Eisenbahntransports nicht rechnen. Zur Erleichterung des Salz-Transports sollte man den unlängst erhöhten Tarif für Industrie- und Viehsalz wiederum herabsetzen und die Einfuhr fremden Salzes nach Polen durch Erhöhung der Einfuhrzölle verhindern.

Die Einzahlungen des

Tabak-Monopols

für den Staatsschatz betrugen **im Wirtschaftsjahre** 1931/32: 350 Millionen Złoty, im Jahre 1932/33: 339 **Millionen** Złoty. Im Jahre 1930/31 wurde inländischer Tabak für nahezu 9 Millionen Złoty, Auslandstabak für etwa 80 Millionen Złoty verbraucht; im Wirtschaftsjahre 1931/32 wurde Inlandstabak für 12 Millionen Złoty, Auslandstabak nur für 69 Millionen Złoty abgesetzt. Was den Verkauf der Monopol-Erzeugnisse anbelangt, so muß bemerkt werden, daß einen größeren Konsum die geringeren Sorten aufweisen, während im Verkauf vom Tabak höherer Sorten ein Sinken eingetreten ist. Eine größere Ausfuhr der polnischen Tabak-Erzeugnisse dürfte nicht in Frage kommen. Für das Jahr 1934/35 wird mit einer Einzahlung von 340 Millionen Złoty in den Staatsschatz, also um 9 Millionen Złoty weniger als im Jahre 1933/34 gerechnet.

Das Spiritus-Monopol.

Die Bedeutung des Spiritus-Monopols ist besonders groß für die Volkswirtschaft, nicht allein mit Rücksicht auf die Einnahme des Staatsschatzes, sondern auch mit Rücksicht auf die große Bedeutung der Brennerei-Industrie für die Landwirtschaft. Landwirtschaftliche Brennereien haben wir in Polen 1487, industrielle 24. Der Verbrauch betrug in der Kampagne 1928/29: 49 Millionen Liter, im Jahre 1932/33: 25 Millionen Liter, d. h. auf den Kopf der Bevölkerung entfielen im Jahre 1928/29: 1,6 Liter und im Jahre 1932/33 nur noch 0,71 Liter. Dieser ungeheuere Sturz des Spiritusverbrauchs läßt sich vor allem durch die Verarmung erklären. Aus diesem Grunde wäre es zu empfehlen, die Möglichkeiten einer weiteren Preisrevision in Erwägung zu ziehen.

Die Einschränkung des Kaufs von Spiritus übt einen fatalen Einfluß auf die Brennereien, also auf die Landwirtschaft aus. Direkt in die Augen fallend ist das Sinken des Verkaufs von Spiritus zur Verarbeitung von Qualitätsschnäpsen. Die Zahl der größeren und kleineren Fabriken, die diese Schnäpse herstellen, ist von 1175 im Jahre 1924 auf 108 im Jahre 1983 gesunken. Das Spiritus-Monopol soll im künftigen Haushaltsjahr 220 Millionen Złoty an den Staatsschatz abführen, also 10 Millionen Złoty weniger als im laufenden Jahre.

Das Monopol der Staatslotterie.

Trotz der **Wirtschaftskrisis stellen sich die Einkünfte aus der** Lotterie günstig dar. Der Voranschlag des Staatslotterie-Monopols für das Jahr 1934/35 sieht eine Einzahlung von 20 055 000 Złoty in den Staatsschatz vor. In der Verwaltung der Staatslotterie ist eine bedeutende Besserung eingetreten.

Das Zündholzmonopol

ist noch im Jahre 1925 an eine schwedische Finanzgruppe verpachtet worden. Die Ennahme des Staatsschatzes betrug im Jahre 1931/32: 21 215 000 Złoty, im Jahre 1932/33 aber nur noch 17 610 000 Złoty. Vor dem Abschluß des Abkommens vom Jahre 1925 waren auf dem Gebiet der Republik 16 Zündholzfabriken tätig, die 2486 Arbeiter beschäftigten, jetzt sind es nur noch 7 Fabriken. Der Vergleich mit dem Wirtschaftsjahre 1931/32 weist ein Sinken des Zündholzverbrauchs um 11.15 Prozent auf. Die Produktionskosten sind gesunken, die Preise der industriellen Erzeugnisse haben ebenfalls eine Senkung erfahren, die maßgebenden Valuten im Lande der Pächter haben ihren Wert verloren, während der Zündholzpreis von 7 auf 10 Groschen gestiegen ist. Eine besondere Beachtung verdient

die Frage der Feuerzeuge.

Im Jahre 1930 sind an Steuern von Feuerzeugen 111 152 Złoty eingegangen. Es wurden also mehr als 111 000 Feuerzeuge verkauft. Im Jahre 1932 hat die Steuer von Feuerzeugen, die jetzt 10 Złoty für das Stück beträgt, insgesamt 1288,50 Złoty gebracht. Zur Versteuerung wurden somit nur 128 Stück angemeldet, während die Zahl der im Gebrauch befindlichen Feuerzeuge 800 000 bis 900 000 beträgt. Diese Sache erfordert eine radikale Änderung. Man müßte die Steuer von Feuerzeugen auf höchstens 5 Złoty das Stück herabsetzen. Aus dem Zündholzmonopol sollen als Pachtteil und als Steuerpauschale im Jahre 1934/35: 15 440 000 Złoty, d. h. 3 088 000 Złoty weniger als im Vorjahre eingehen.

Nach dem Referat bemerkte der Vorsitzende, Abgeordneter **Hołyński**, daß die beiden von dem Referenten angeschnittenen Fragen also die Versteuerung der Feuerzeuge und die sogenannte Finanzkontrolle in das Ressort des Finanzministeriums und nicht in das der Monopole fallen; dort würden eingehende Aufklärungen gegeben werden.

Kritik an der Monopolwirtschaft.

In der Aussprache ergriff als erster der Abgeordnete Rybarski vom Nationalen Klub das Wort, der feststellt, daß vom fiskalischen Gesichtspunkte aus die Preissenkung für Tabakerzeugnisse das erwartete Ergebnis nicht gezeitigt habe. Wenn es sich um Spiritus handelt, so liege es nicht im sozialen Interesse, daß der Verbrauch so groß wie möglich sei. Der Preisabbau für verschiedene Monopolartikel sei ungleichmäßig durchgeführt worden. Wie in allen Produktionsgebieten so hätten auch diese Ermäßigungen nicht die Wirkung gehabt, die sie hätten haben können. Eine Preissenkung könne dann den vollen Effekt geben, wenn das in der Bevölkerung versteckte Kapital flüssig gemacht wird. Nach Ansicht des Redners ist in den letzten zwei Jahren die Änderung eingetreten, daß die Bevölkerung einen bedeutenden Teil ihrer Reserven aufgezehrt hat. Bei dem Tabak- und Spiritus-Monopol figuriert als Einnahme auch die Rückzahlung der Dotation für das Umsatzkapital im Gesamtbetrage von 45 661 000 Złoty. Der Redner behauptet, daß die Rückzahlung des Umsatzkapitals nicht als eine gewöhnliche Einnahme angesehen werden könne. Dies sei lediglich eine Verschleierung des allgemeinen Defizits im Staatshaushalt. „Unsere Monopole", so sagte der nationaldemokratische Redner, „leiden an einer Krankheit und zwar an der andauernden Reorganisation". Weiter zählt Abgeordneter Rybarski Beispiele für eine schlechte Wirtschaft auf und erinnert daran, daß eine gewisse Menge Spiritus zum Export der Gesellschaft „Spritus" zu 29 Groschen verkauft, und daß von dieser Gesellschaft der Spiritus zu 57 Groschen gekauft worden sei.

Vizeminister **Jastrzębski** erklärt hierzu, daß diese auf Grund des Gesetzes gebildete Gesellschaft das ausschließliche Recht zum Export hatte. Die Gesellschaft werde normal ohne Verluste, im Gegenteil mit Gewinn, liquidiert.

Abgeordneter **Szymanowski** (Regierungsklub) fragt, weshalb in den Ostgebieten, wo alle Preise bedeutend gesunken seien, lediglich die Salz- und Zündholzpreise keine Änderung erfahren hätten. Ferner meinte der Redner, daß das Monopol der Staatslotterie die Zahl der kleineren Gewinne auf Kosten der Höhe der großen Gewinne vergrößern müßte.

Abgeordneter **Rosmarin** (Jüdischer Klub) spricht über das Sinken der Rentabilität in den Monopolen. Es sei sicher, daß die Monopole ihre Aufgaben gegenüber dem Staatsschatz nicht erfüllen würden, wenn man ihre Handelspolitik nicht auf rationelle kaufmännische Grundsätze stütze. Mit dem 1. Januar 1934 ist das Ministerium zum freien Großhandel mit Salz und Tabak übergegangen. Bei dem Abschluß von neuen Geschäftsverträgen für den Salz- und Tabak-Großhandel hätten jedoch wiederum vorwiegend Nichtfachleute ihre Hände danach ausgestreckt.

Abgeordneter **Wagner** (Regierungsklub) brachte folgende Entschließung ein: **„Der Sejm ersucht die Regierung, den Fabrikationsapparat des Salzmonopols zu reorganisieren und zu reduzieren, die Kosten der Salinen-Verwaltung herabzusetzen, und die Pensionsberechtigungen einer gründlichen Reform zu unterziehen!**

Damit wurde die **Sitzung** unterbrochen.

Rundfunk-Programm.

Was ist Kilohertz?

Der neue Großrundfunksender Hamburg arbeitet auf 904 Kilohertz (abgekürzt „kHz", d. h. auf der Wellenlänge 331,9 Meter.

Viele Leser werden sich darunter noch nicht recht etwas vorstellen können. Wir berichten deshalb, was der Leiter des technischen Aufbaues des Hamburger Senders, Weichart, hierzu in den „Hamburger Nachrichten" mitzuteilen weiß:

„904 kHz" bedeutet 904 000 Schwingungen in der Sekunde. Und zwar handelt es sich um elektromagnetische Schwingungen, die in der ersten Stufe des Senders erzeugt und in den nachfolgenden sechs Stufen bis auf eine Schwingungsleistung von 100 kW (Kilowatt) in der Antenne verstärkt werden. Es dürfte dabei interessieren, daß diese Schwingungszahl auf höchstens + 10 Hertz genau eingehalten werden muß, d. h. auf rund ein Tausendstel Prozent. Das bedeutet die gleiche Genauigkeit, als wenn man von einer Uhr verlangt, daß sie im Verlauf von 24 Stunden keinesfalls mehr als 0,85 Sekunden von der richtigen Zeit abweichen darf. Noch vor zehn Jahren hätte sich niemand träumen lassen, daß es möglich sein würde, bei einem Sender eine derartige Genauigkeit zu erzielen.

Sie ist nur möglich geworden durch die Verwendung eines Quarzkristalls zur „Steuerung" der Sender, und es ist besonders bemerkenswert, daß Deutschland in der Herstellung derartiger Kristalle unbedingt führend ist und daß auch der größte Teil des Auslandes beim Bezug dieser Kristalle auf Deutschland angewiesen ist.

Die „hochfrequenten" Schwingungen von 904 kHz werden nun vom Sender aus unterirdisch durch ein Kabel der Antenne zugeführt und von dieser „ausgestrahlt". Das heißt, die Energie verbreitet sich von der Antenne aus in konzentrischen Kreisen nach allen Seiten, und zwar in der Form von Wellen, die sich mit der unvorstellbaren Geschwindigkeit von 300 000 Kilometern in jeder Sekunde von der Antenne aus fortbewegen. In dem Augenblick, in dem die zweite Schwingung beginnt (d. h. $\frac{1}{904\,000}$ Sekunde nach dem Beginn der ersten Schwingung), hat sich der Anfang der ersten Welle bereits um eine beträchtliche Strecke von der Antenne entfernt, und zwar eben um soviel, wie die Wellen in $\frac{1}{904\,000}$ Sekunde zurücklegen. Da ihre Geschwindigkeit 300 000 km oder 300 000 000 m in einer Sekunde beträgt, d. h. da sie in einer Sekunde eine Strecke von 300 000 000 m durchmessen, wird in $\frac{1}{940\,000}$ Sekunde eine Strecke von $\frac{300\,000\,000}{904\,000}$ m oder, wie man durch Ausrechnung leicht feststellen kann, 331,86 m oder rund 331,9 m zurückgelegt. Diese Strecke bezeichnet man als Länge einer Welle oder kurz „Wellenlänge".

Es mag vielleicht noch der Erwägung wert sein, daß bei dem Aussenden von Telephonie — wie es also beim Rundfunk immer der Fall ist — aus dieser einen Frequenz ein ganzes Frequenzband entsteht, und zwar von etwa 896 000 bis 912 000 Hz. Dem entspricht dann natürlich auch ein Wellenband von 328,9 m bis 334,8 m. Die Abstimmung am Empfänger muß also gerade so „breit" sein, daß dieses soeben angegebene Frequenzband voll aufgenommen wird. Ist sie zu schmal, dann entstehen bei der Wiedergabe durch den Lautsprecher oder Fernhörer Verzerrungen; ist sie dagegen zu breit, d. h. breiter als hier angegeben, dann „schlagen" frequenzbenachbarte Sender „durch", und es entsteht ein Mischmasch, das natürlich ebenfalls unbrauchbar ist. Die modernen Empfänger erfüllen aber die Bedingung, genau das vom Sender ausgesandte Frequenzband — nicht mehr und nicht weniger — aufzunehmen, mit großer Genauigkeit.

*

Programmänderungen des Deutschlandsenders.

Dienstag, den 23. Januar, 22.25: Hörbericht vom Olympia-Werbeabend im ehemaligen Herrenhaus, Berlin, Sprecher: Fred Krüger. (Die für diese Zeit vorgesehene Veranstaltung fällt aus.)

Mittwoch, den 24. Januar, 22.30: Die Kampfstätten und Teilnehmer der Winterkampfspiele in Braunlage und Schierke, Arno Breitmeyer, Stellvertreter des Reichssportführers. (Die für diese Zeit vorgesehene „Viertelstunde Funktechnik" fällt aus.)

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein; anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsquittung beiliegen. Auf dem Kuvert ist der Vermerk „Briefkasten-Sache" anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

G. K. 12. I. Leider sind uns solche Formen nicht bekannt, und wir müssen Ihnen anheimstellen, sich darüber durch Zeitungsinserat zu informieren. II. Die Adresse können wir Ihnen nicht angeben, da uns diese Beiträge durch eine Vermittlungsstelle übersandt werden.

K. 100. Wenn Sie dem fraglichen Kinde testamentarisch eine bestimmte Summe, die irgendwo in Deutschland sichergestellt ist, vermachen und das Testament bei Gericht niederlegen und dafür sorgen, daß dem Gericht von Ihrem Tode Mitteilung gemacht wird mit dem Zusatz, daß ein Testament von Ihnen bei Gericht liegt, so ist eine genügende Gewähr dafür gegeben, daß das Testament bald geöffnet wird und seine Bestimmungen durchgeführt werden. Das heißt in erster Linie, daß der dem Kinde vermachte Betrag dem in Polen lebenden Kinde zugeleitet wird. In dieser Beziehung brauchen Sie keine Sorge zu haben. Ein von Ihnen eigenhändig geschriebenes und unterschriebenes, mit Ort und Datum versehenes Testament ist ebenso giltig wie ein vor einem Notar oder einem Richter errichtetes. Und Sie können es ebenso bei Gericht deponieren. Was die übrige Form und den Inhalt des Testaments betrifft, so sind Sie durch keine Vorschrift beschränkt, Sie können hineinschreiben, was Sie wollen; nur muß das Geschriebene klar und unzweideutig sein.

R. R. 1000. I. Der im Januar 1919 in die Sparkasse eingezahlte Betrag gilt nach § 17 Abs. 2 der Aufwertungsverordnung als am 1. Oktober 1919 eingezahlt. Der Wert der 200 Mark betrug danach 47 Złoty. (Von der Umrechnung im Jahre 1928 in 219,52 Mark wollen wir nicht erst reden, denn diese 219 Mark waren nicht einen Groschen wert.) Wie die Graudenzer Landkreissparkasse aufwertet, wissen wir nicht, aber es ist nicht wahrscheinlich, daß dies mit mehr als 10 Prozent geschieht. Bei 10 Prozent würden Sie auf etwa 4,70 Złoty Anspruch haben. II. Die 2200 Mark, die in der genannten Bank eingezahlt wurden, hatten einen Wert von 36,60 Złoty. Davon zahlt die Bank 5 Prozent = 1,83 Złoty. Bei solchem Objekt hat es keinen Zweck, noch die Zinsen zu berechnen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Unveränderte Einfuhrsperre gegen Danzig?

Vor längerer Zeit hatte das polnische Wohlfahrtsministerium bekanntlich eine Verordnung erlassen, wonach Lebensmittel und andere Waren, die aus Danzig nach Polen eingeführt werden, einer komplizierten sanitären Untersuchung unterzogen werden sollten, die durch ihre Dauer, die damit verbundenen Schwierigkeiten und schließlich **auch durch die Kosten praktisch als Einfuhrsperre gewirkt** hätte. Art und Zeitpunkt der Ausführung der Verordnung sollten die Wojewodschaftsbehörden bestimmen. Nach den erfolgreichen Danzig-polnischen Besprechungen und insbesondere nach dem grundsätzlichen Verständigen zwischen dem Präsidenten des Senats Dr. Rauschning und Marschall Pilsudski hätte man mit Recht annehmen können, daß die Verordnung nicht mehr in Kraft treten würde.

Wie jetzt die „Danziger Landeszeitung" erfährt, ist aber die **Anwendung der Verordnung auf die Einfuhr geräucherter Fische aus Danzig von den Ausfuhrbehörden doch seit dem 15. Januar angeordnet worden. Dem Vernehmen nach soll die Verordnung in den nächsten Tagen auch auf die Einfuhr von Käse, Ölen und Fetten** angewendet werden. Gerade die Anwendung auf Waren, deren Einfuhrsperre sich für die Danziger Wirtschaft ganz besonders schädlich erweisen muß, kann in Danziger Wirtschaftskreisen nur den Eindruck erwecken, als ob es sich um eine Kampfmaßnahme gegen die Danziger Wirtschaft handelt, was bestimmt den zwischen den maßgebenden Regierungsstellen Danzigs und Polens vereinbarten Richtlinien der Zusammenarbeit grundsätzlich widerspricht.

*

Im Zusammenhang damit sei darauf hingewiesen, daß eine solche „Durchführung" der Danzig-polnischen Vereinbarung in Kreisen der Danziger Wirtschaft, insbesondere aber der Landwirtschaft, einen Unwillen, wenn nicht einen Ärger hervorrufen muß, da den polnischen Lebensmittellieferanten und Händlern keinerlei Schwierigkeiten bei der Ausfuhr ihrer Waren auf die Märkte des Freistaatsgebietes gemacht werden. An Markttagen sind viele Autobusse auf den Danziger Märkten anzutreffen, die aus Polen stammen und schon nach Art ihres Aussehens beweisen, daß sie sogar aus entlegeneren Gebieten Kongreßpolens (Mlawa usw.) nach Danzig kommen, um hier für ihre Lebensmittel gute Preise zu erzielen. Ausnahmslos werden die Waren der Danziger Landwirtschaft unterboten, so daß die polnischen Verkäufer in der Regel nach einem guten Geschäft wieder abfahren können. Von seiten der Danziger Behörden werden diesen Händlern vereinbarungsgemäß kaum nennenswerte Schwierigkeiten bereitet. Wenn demgegenüber die untergeordneten polnischen Stellen die oben erwähnten Schwierigkeiten bei der Einfuhr von Fischen, Käse, Ölen und Fetten aus dem Freistaatgebiet nach Polen bereiten, so bedeutet dies, daß eine ungleiche Durchführung einer Vereinbarung Platz greift. Ein Zustand, der nach einer Vereinbarung unhaltbar ist.

Der Saatenmarkt zu Anfang des Jahres.

Das Saatengeschäft hat sich diesmal wesentlich früher als in den Vorjahren belebt. Schon gegen Ende des Vorjahres machte sich in fast allen Ländern eine rege Nachfrage für Sämereien bemerkbar. Die Produktion ist, wie immer mehr bekannt wird, doch wesentlich niedriger als in den Vorjahren.

Besonders in Rotklee ist das Interesse allgemein groß. Dieser Artikel war aus Ungarn, Polen und Kurland weniger stark angeboten, so daß in Deutschland die Preise weiter anziehen konnten. Die thüringischen und schlesischen Ernten reichen nicht für den deutschen Bedarf aus. Dagegen war das Interesse für Weißklee weiterhin sehr schwach, weil noch vorhandene größere Vorräte auf den Markt drücken. Es ist möglich, daß dieser Artikel zur Saatzeit in besonders gut gereinigten Saaten noch im Preise etwas besser wird. Auch Schwedenklee und Gelbklee war nicht nur im Inlande stark gefragt. Für Wundklee und Inkarnatklee war das Interesse nicht so lebhaft. Auch Luzerne besonders ungarische ist nicht mehr billiger geworden. Verschiedene große Partien sind bereits von dort verkauft worden so daß wohl späterhin die geringeren Qualitäten auch zu guten Preisen abgesetzt werden können. Für Gräser war die Nachfrage von Deutschland ebenfalls andauernd, besonders in Raygras, Wiesenschwingel und Knaulgras. Größere Partien konnten auch nach dem außereuropäischen Ausland verkauft werden. In Hülsenfrüchten war das Angebot nicht besonders lebhaft, dagegen die Nachfrage weiterhin freundlich. Man rechnet damit, daß gerade Speisehülsenfrüchte zur Saat später sehr gefragt sein werden, weil die vorhandene Saatware bekanntlich in der Qualität recht gering ausfällt, und auch in Wicken und Peluschken haben bereits größere Abschlüsse stattgefunden. Für Seradella, die schon reichlicher angeboten wurde, sind nur für spätere Termine Interessenten vorhanden. Sofort greifbare Ware dagegen ist schwer verkäuflich. Für Runkelsamen besteht schon jetzt, auch im Inlande, lebhaftes Interesse, da bei einem verminderten Anbau mit einem Ausfall von 25—40 Prozent gerechnet wird. Die Preise sind im Verhältnis zum Vorjahre um zirka 150—200 Prozent höher. In Wruckensamen scheint dagegen größeres Angebot zu bestehen, die Preise sind für diesen Artikel etwas geringer als im Vorjahre. Für Mohrrübensamen besteht ebenfalls Interesse bei guten Preisen. Für Blaumohn war vereinzelt Nachfrage aus dem Auslande vorhanden, allerdings nicht bei aufgebesserten Preisen. In Raps scheinen die Vorräte immer kleiner zu werden. In diesem Artikel konnten sich die Preise im Inlande weiter aufbessern. Für Leinsaat bestand auch weiterhin Nachfrage bei unverändert guten Preisen.

Wenn auch die Nachfrage im Moment vielfach reichlicher ist als die zustande gekommenen Umsätze, so werden die Zufuhren doch weiterhin klein bleiben und bei einer weiter vorgeschrittenen Jahreszeit dürften für fast alle Sämereien bestimmt bessere Preise zu erzielen sein. **hd.**

Beitritt Ungarns zum deutsch-polnischen Roggenabkommen?

Dieser Tage weilte der ungarische Ackerbauminister Kalay in Polen und führte mit dem polnischen Landwirtschaftsminister Besprechungen über eine gemeinsame Zusammenarbeit der beiden Länder auf landwirtschaftlichem Gebiete. In einem Interview teilte Minister Kalay mit, daß ein gemeinsamer Sudienausschuß von beiden Ländern eingesetzt werden soll. Im Zusammenhang damit verlautet, daß Ungarn, wie wir bereits gemeldet haben, die Absicht habe, dem deutsch-polnischen Roggenabkommen beizutreten.

Kritik an der polnischen Wirtschaftspolitik.

In der Gesellschaft der Wirtschaftspolitiker und -Statistiker in Warschau hielt Professor Lipinski, Direktor des Warschauer Institutes für Konjunktur- und Preisforschung, einen interessanten Vortrag über die gegenwärtige Wirtschaftspolitik der Polnischen Regierung. Er führte etwa folgendes aus:

Der neue Zolltarif und das System der Einfuhrkontingente ergeben für die polnische Wirtschaft keinen Vorteil, weil sie zu verallgemeinert sind. Der Zollschutz ist auf alle möglichen Zweige der Produktion ausgedehnt und macht ein günstiges Einwirken zur Unmöglichkeit. Durch diesen Zollschutz entstehen eine Reihe von Industrieunternehmungen, die im Inlande keine natürlichen Grundlagen besitzen, und die Kapitalvorräte, die Polen besitzt, nutzlos zersplittern. Völlig überflüssige Produktionsgebiete werden aufgebaut, ohne sich entsprechend entwickeln zu können. Schädlich sei auch das System der Einfuhrkontingente, denn dank dieser werde der Kaufmann und vor allen Dingen der Produzent beim Bezug von ausländischen Rohstoffen beeinträchtigt und behindert. Vielfach gelinge es ihm auch nicht, die Rohstoffe oder die Waren pünktlich zu bezahlen, so daß die Importkontingente vielfach die Ursache von Preisschwankungen werden. Denn bevor der Antragsteller ein bestimmtes Kontingent zugeteilt erhält, sei er gezwungen, im Auslande Lagerkosten zu zahlen, wodurch die Ware sich natürlich verteuere.

Weiter befaßte sich Professor Lipinski mit der Kartellfrage. Er wies darauf hin, daß die Ursache des Entstehens von Kartellen in der Überzahl von Unternehmungen und in dem aufgeblühten Erzeugungsapparat liege. Die Folgen sind sehr hohe Kartellpreise, da die Unternehmungen ihren Produktionsapparat ausbauen und sich auf eventuelle Konkurrenzkämpfe für den Fall der Aufhebung des Kartells vorbereiten.

Ebenso wie die Politik des allgemeinen Zollschutzes einer Gesundung der industriellen Entwicklung des Landes entgegenwirke, so hemmten auch die hohen Kartellpreise für Rohmaterialien die wirtschaftliche Entwicklung des Landes.

Die Lage der polnischen Eisenhütten.

In den letzten Tagen fanden Sitzungen der Hauptversammlung und des Aufsichtsrates des polnischen Eisenhüttensyndikates statt. In der Hauptversammlung, welche der Vizepräsident des Aufsichtsrates des polnischen Eisenhüttensyndikates, Generaldirektor Surzycki, leitete, erstattete der Generaldirektor des polnischen Eisenhüttensyndikats, Grodzecki, in Ergänzung des den Mitgliedern vorgelegten ausführlichen Jahresberichtes, einen Bericht über die Situation am polnischen Eisenmarkt. Dem Bericht entnehmen wir folgende Einzelheiten:

Die Gesamtmenge der den Hütten im Dezember zur Ausführung zugewiesenen Walzwerksmaterialien ist im Vergleich zum November zwar um 12 Prozent geringer gewesen; die Gesamtzuweisungsziffer des Jahres 1933 überschreitet jedoch diejenige des Vorjahres um nicht weniger als 18 Prozent. Von wesentlichen, die Entwicklung des Absatzes beeinflussenden Momenten wies der Berichterstatter auf das Ausbleiben einer grundsätzlichen Besserung der Lage der Landwirtschaft und auf die Verschärfung der Kreditknappheit, sowie auf die Verschlechterung der Zahlungsfähigkeit der Verbraucherschaft hin. Daneben macht sich ein verstärkter Verbrauch alter Schienen für Bauzwecke seitens der Eisenbahndirektionen bemerkbar.

Auf die weitere Entwicklung des Inlandsabsatzes dürfte nach Ansicht des Berichterstatters der Erlaß der Einfuhrverbote für Eisen von günstigem Einfluß sein, der den Import von Walzwerkserzeugnissen aus dem Auslande einschränkt. Außerdem unterstrich der Berichterstatter die günstige Wirkung der zu Anfang 1933 durchgeführten Preissenkung, die zwar nicht sofort eine Absatzsteigerung brachte, jedoch die Abnehmer zur Ergänzung der erschöpften Warenbestände zwang. Um der Eisenhütteninduſtrie in den nächsten Monaten einen genügenden Beschäftigungsstand zu sichern, haben sich die maßgebenden Stellen aus dem Eisenhüttensyndikat an die zuständigen Regierungsstellen um die Erteilung bedeutenderer Interventionsaufträge für das Jahr 1934 gewandt.

Im Anschluß an die Hauptversammlung fand eine Aufsichtsratssitzung des Syndikats statt. Nach Besprechung der Marktlage wurde prinzipiell beschlossen, beim Eisenhüttensyndikat einen sogenannten Stahlrat ins Leben zu rufen. Dieser Stahlrat ist als Untersuchungs- und Beobachtungsorgan gedacht, mit dem Zweck, technische und wirtschaftliche Fortschritte auf dem Gebiete der Eisen- und Stahlverwendung herbeizuführen. In erster Linie soll dieser Rat Rechtsnormen auf dem Gebiet der Eisen- und Stahlwirtschaft aufstellen, ferner gehört zu seinen Aufgaben die Untersuchung und die Begutachtung der Zweckmäßigkeit der Verwendung von Eisen im Haus-, Brücken-, Wege- und Eisenbahnbau. Daneben soll dem Stahlrat auch die Werbung zur Hebung des Stahlverbrauchs am Inlandsmarkt übertragen werden. EWD.

Emission der polnischen Eisenbahnanleihe?

Ende Januar soll in Warschau eine Aufsichtsratssitzung der französisch-polnischen Eisenbahngesellschaft für den Bau und Betrieb der Eisenbahnlinie Oberschlesien—Gdingen stattfinden. An dieser Sitzung werden Vertreter des polnischen Finanz- und Verkehrsministeriums, sowie der Rüstungsfirma Schneider-Creuzot und der Bank des Pays du Nord teilnehmen.

Hauptgegenstand der Beratungen wird die Frage der weiteren Betriebsführung der Eisenbahnlinie sein. Bekanntlich sah das Konzessionsdokument vom 29. April 1931 die übernahme des Eisenbahnbetriebes auf dieser Linie durch die Gesellschaft am 1. Januar 1933 vor. Im Konzessionsvertrag war ferner vereinbart, daß spätestens bis zum 1. Mai 1932 die II. Tranche der französischen Eisenbahnanleihe in Höhe von mindestens 300 Mill. französischen Franks aufgelegt sein sollte. Die französische Gruppe verschanzte sich jedoch hinter einer Klausel, die besagte, daß die Unterbringung der II. Tranche nur stattzufinden habe, wenn es die Weltmarktlage erlaube. Unter diesen Umständen ist die II. Tranche der Anleihe bisher nicht realisiert worden. Es ergab sich daraus eine merkwürdige Situation. Auf der einen Seite denkt die französische Gruppe nicht daran, die II. Anleihetranche aufzulegen, trotzdem der französische Geldmarkt eine große Flüssigkeit zeigt, auf der anderen Seite betreibt nicht die Gesellschaft, sondern die polnische Staatseisenbahn den Verkehr auf der Linie der Konzessionsgesellschaft, auf welcher sich von Monat zu Monat der Verkehr günstiger entwickelt und ständig größere Einnahmen bringt. Neuerdings zeigt nun auch die französische Eisenbahngesellschaft erhöhtes Interesse für die Betriebsübernahme, jedoch mit der Maßgabe, daß die polnischen Eisenbahnen das rollende Material weiterhin zur Verfügung stellen. Über dieses Thema soll im einzelnen in der angekündigten Aufsichtsratssitzung verhandelt werden. Von informierter Seite wird aber eine Einigung auf dieser Basis nicht ohne weiteres für möglich gehalten.

Das Ende des „Sowpoltorg".

Die polnische Presse beschäftigt sich eingehend mit eventl. neuen Grundlagen, auf welche der Warenaustausch zwischen Sowjetrußland und Polen durch Vermittlung des „Sowpoltorg" gestellt werden könnte. Man fürchtet, daß die sowjetrussischen Produkte auf dem polnischen Markt keinen Absatz finden könnten, er sich somit einer Überschwemmung mit russischen Produkten ausgesetzt sähe. Die Forderung der Schaffung eines festumrissenen Import-Exportplanes wird somit immer dringender. Diese Tatsache hat bereits zu Verhandlungen zwischen dem Präsidium des „Polros" und der Verwaltung des „Sowpoltorg" in Moskau sowie der russischen Handelsvertretung in Warschau geführt. Wie bekannt, wurde der „Sowpoltorg"-Vertrag im vergangenen Jahre auf die Dauer von 2 Jahren geschlossen, d. h. er erlischt am 27. 1. 1935. Der Import-Exportplan dagegen ist nur für ein Jahr, d. h. für 1933 aufgestellt worden; der Exportplan für 1934 sollte bis spätestens 10. 1. d. Js. bearbeitet sein. Falls bis zu diesem Termin kein Import-Exportplan geschaffen wäre, sollten beiden Parteien das Recht haben, den „Sowpoltorg" zu liquidieren.

Die neueren Verhandlungen ziehen sich jedoch in die Länge, so daß ein positives Ergebnis derselben in Kürze nicht zu erwarten ist. Bestimmte polnische Wirtschaftskreise sind gar nicht mehr recht davon überzeugt, daß der „Sowpoltorg" seine Funktionen zur allseitigen Befriedigung erfüllt habe, weil neuerdings Geschäfte zwischen den beiden Staaten auch von verschiedenen anderen Stellen und Vertretern getätigt worden sind.

Daß man besonders von polnischer Seite das Ende des „Sowpoltorgs" herbeiwünscht, ist aus einer Artikelserie der „Gazeta Handlowa" ersichtlich, die dieses Blatt anscheinend von besonderer Seite erhalten hat, um die Stimmung gegen „Sowpoltorg" zu beeinflussen und die augenblickliche Nutzlosigkeit dieser Gesellschaft nachzuweisen.

Das hatte auch Erfolg. Man ist nunmehr übereingekommen, den „Sowpoltorg" zu liquidieren. Die Angestellten des Warschauer Unternehmens wurden bereits zum 1. April d. Js. gekündigt. Über die Liquidation selbst wird die in nächster Zeit in Moskau zusammentretende Gesellschaftsversammlung bestimmen. Mit dem „Sowpoltorg" ist auch das Schicksal der Gesellschaft „Polros", in der ein großer Teil der polnischen Rußlandinteressenten zusammengeschlossen ist, eng verknüpft. Diese Firma dürfte entweder liquidiert oder aber einer Umorganisation unterzogen werden. Über die neuen Wege des Warenaustausches zwischen Polen und der Sowjetunion wird weiterverhandelt.

Verlängerung des Moratoriums für landwirtschaftliche Hypothekenschulden?

Wie bekannt, hat Polen durch Gesetz vom 29. März 1933 Erleichterungen hinsichtlich der Verzinsung und der Zahlungstermine von Hypothekenforderungen eingeführt. Das Gesetz senkte die Zinsen für solche Forderungen auf 6 Prozent pro anno und führte ein halbjähriges Moratorium (bis 1. Oktober 1934) ein. Die Konvertierung war ein Gebot der Stunde mit Rücksicht auf die stark geschwundene Rentabilität der landwirtschaftlichen Produktion Polens. Das Moratorium wurde in der Erwartung einer Besserung der Lage der Landwirtschaft verhältnismäßig kurz mit einem halben Jahr bemessen. Die Getreidepreise lagen in dieser Zeit zwischen 18 und 20 Zloty je Doppelzentner für Roggen und 37 bis 38 Zloty für Weizen. Im Verlauf des vergangenen Jahres fielen die Preise katastrophal, und zwar betrug der Rückgang bei Roggen etwa 25 Prozent und bei Weizen 45 Prozent. Die Entschuldung der polnischen Landwirtschaft geht dabei nur sehr langsam von statten, so daß diese nur in geringstem Umfange die Erleichterungen aus dieser Aktion verspürt. Demzufolge erheben sich gegenwärtig Stimmen, die auf die Notwendigkeit einer Erneuerung ds Entschuldungsgesetzes in Richtung auf eine wesentliche Verlängerung des Moratoriums für private Hypothekenschulden, sowie einer weiteren Zinssenkung hinweisen, da sich der Rentabilitätsgrad, der seinerzeit maßgebend für die Einführung des Moratoriums war, eher verschlechtert als verbessert habe.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski" für den 22. Januar auf 5,9244 Zloty festgesetzt.

Der Zinssatz der Bank Polski beträgt 5%, der Lombardsatz 6%.

Der Zloty am 20. Januar. Danzig: Ueberweisung 57.77 bis 57,89 bar 57.79 - 57,91, Berlin: Ueberweisung gr. Scheine 46.975 bis 47.375, Prag: Ueberweisung 385,00, Wien: Ueberweisung 79,25, Paris: Ueberweisung —,—, Zürich: Ueberweisung 58,10, Mailand: Ueberweisung —,—, London: Ueberweisung 27,93.

Warschauer Börse vom 20. Januar. Umsatz, Verkauf — Kauf. Belgien 123,85, 124,16 — 123,54, Belgrad —, Budapest —, Bukarest —, Danzig 172,93 173,36 — 172,50, Helsingfors —, Spanien —, Holland 357 65, 358,55 — 356,75, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen 124,50, 125,10 — 123,90, London 27,80, 27,94 — 27,66, Newyork 5,54, 5,57 — 5,51, Oslo 140,00, 140,70 — 139.30, Paris 34,88, 34,97 — 34,79, Prag 26.37, 26.463 — 26.31, Riga —, Sofia . Stockholm 143,75, 144,45 — 143,05, Schweiz 172,22, 172,65 — 171,79, Tallin —, Wien —, Italien —.

Freihandelskurs der Reichsmark 210,85.

Berlin, 20. Januar. Amtl. Devisenkurse. Newyork 2,617—2,623, London 13,11—13,14, Holland 168.48—168.82, Norwegen 65.88 bis 66,02, Schweden 67,58—67,72, Belgien 58,34—58,46 Italien 21,98 bis 22,02, Frankreich 16,44—16,48, Schweiz 81,07—81.23, Prag 12,475 bis 12,495, Wien 47,20—47,30, Danzig 81,42—81,58, Warschau 47,075—47,275.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 5,46 Zł., do. Kanada 5.43 Zł., 1 Pfd. Sterling 27,66 Zł., 100 Schweizer Franken 171,54 Zł., 100 franz. Franken 34,74 Zł., 100 deutsche Mark 209,00 Zł., 100 Danziger Gulden 172,25 Zł., Ital. Lire 46,37 Zł., Belgisch Belgas 123,25 Zł., holländischer Gulden 356,25 Zł.

Aktienmarkt.

Posener Börse vom 20. Januar. Es notierten: 5proz. Staatl. Konvert.-Anleihe 54,25 G., 4½proz. Dollar-Pfandbriefe der Posener Landschaft (1 Dollar = 5,57) 42,50 G., 4proz. Konvert.-Pfandbriefe der Posener Landschaft 40 B., 4½proz. Roggen-Pfandbriefe der Pos. Landschaft (100 Zloty) 41,25 +. Tendenz ruhig. (G. = Nachfrage, B. = Angebot, + = Geschäft, * = ohne Umsatz.)

Produktenmarkt.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 20. Januar. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Zloty:

Transaktionspreise:

Roggen	850 to	14.75
	135 to	14.68½
	30 to	14.65

Richtpreise:

Weizen	18.50—19.00	Klee, gelb. in Schalen	30.00—35.00
Roggen	14.50—14.75	Tymothyklee	25.00—30.00
Gerste 695—705 kg	14.25—14.50	Raygras	44.00—48.00
Gerste 675—685 kg	13.75—14.00	Inkarnatklee	90.00—110.00
Braugerste	15.00—15.75	Senf	33.00—35.00
Hafer	12.00—12.25	Weizen- u. Roggenstroh, lose	—.—
Futterhafer	—.—	Weizen- u. Roggenstroh, gepreßt	—.—
Roggenmehl (65%)	19.50—21.00	Hafer- und Gerstenstroh, lose	—.—
Weizenmehl (65%)	27.00—31.00	Hafer- und Gerstenstroh, gepreßt	—.—
Weizenkleie	10.75—11.50	Heu, lose	—.—
Weizenkleie (grob)	10.75—11.50	Heu, gepreßt	—.—
Roggenkleie	10.25—11.00	Netzeheu, lose	—.—
Winterraps	45.00—46.00	Netzeheu, gepreßt	—.—
Sommerwicke	14.00—15.00	Blauer Mohn	49.00—54.00
Peluschken	14.00—15.00	Leinsamen	47.00—50.00
Viktoriaerbsen	23.00—26.00	Leinkuchen	18.50—19.50
Folgererbsen	20.00—23.00	Rapskuchen	15.75—16.25
Fabrikkartoff.p.kg%	0.20½	Sonnenblumenkuchen 46—48%	18.25—19.25
Seradella	13.00—14.00	Sojaschrot	22.50—23.00
blaue Lupinen	6.00—7.00		
gelbe Lupinen	9.00—10.00		
Klee, rot	170.00—200.00		
Klee, weiß	70.00—100.00		
Klee, schwedisch	90.00—110.00		
Klee, gelb, o. Schal.	90.00—100.00		

Gesamttendenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 1155 to, Weizen 729,5 to, Gerste 317,5 to, Hafer — to, Roggenmehl 169 to, Weizenmehl 63 to, Roggenkleie 112,5 to, Weizenkleie 122,5 to, Gerstenkleie 15 to, Viktoriaerbsen 165 to, Sämereien 10,6 to, Fabrikkartoffeln 105 to, Trockenschnitzel 15 to, Sonnenblumenkuchen 45 to, gelbe Lupinen 90 to, Senf 15 to, Seradella 10 to, Raps 7,5 to, Sirup 15 to Kartoffemehl 30 to.

Nach dem Urteil der Börse war die Tendenz für Roggen, Weizen, Brau- und Mahlgerste, Roggen- und Weizenmehl ruhig, für Hafer schwach.

Amtliche Notierungen der Bromberger Getreidebörse vom 22. Januar. Die Preise lauten Parität Bromberg (Waggonladungen) für 100 Kilo in Zloty:

Transaktionspreise:

Roggen	60 to	14.67—14.75	Roggenkleie	35 to	9.75—10.00
Weizen	— to	—.—	Weizenkleie	— to	—.—
Mahlgerste	— to	—.—	Speiseerbsen	— to	—.—
Hafer	— to	—.—	Peluschken	— to	—.—
	— to	—.—	Sommerwicken	— to	—.—
Roggenm. 65%	— to	—.—	Sonnenblumenkuchen	— to	—.—
Weizenm. 65%	— to	—.—			

Richtpreise:

Roggen	14.50—14.75	Bohnen	—.—
Weizen	18.00—18.50	Serradella, neu	12.50—13.50
Braugerste	14.50—15.50	Gelbklee, abgesch.	90.00—100.00
Mahlgerste	13.50—13.75	Weißklee	70.00—90.00
Hafer	12.00—12.25	Rotklee	160.00—200.00
Roggenmehl 65%	21.50—22.50	Fabrikkartoff.p.kg%	0.19
Weizenmehl 65%	30.50—32.00	Leinkuchen	19.00—20.00
Roggenkleie	9.75—10.50	Rapskuchen	15.50—16.50
Weizenkleie, fein	10.25—10.75	Sonnenblumenkuch.	19.00—20.00
Weizenkleie, grob	11.25—11.75	blauer Mohn	50.00—53.00
Winterraps	40.00—42.00	Senf	32.00—34.00
Peluschken	12.50—13.50	Leinsamen	35.00—37.00
Felderbsen	15.00—17.00	Wicken	12.50—13.50
Speiseerbsen	19.00—20.00	Netzeheu, lose	—.—
Viktoriaerbsen	21.00—25.00	Netzeheu gepreßt	—.—
Folgererbsen	20.00—22.00	Roggenstroh, lose	—.—
blaue Lupinen	5.00—6.00	Roggenstroh, gepreßt	—.—

Allgemeine Tendenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen:

Roggen	285 to	Fabrikkartoffel	75 to	Hafer	— to
Weizen	360 to	Speisekartoffel	— to	Peluschken	15 to
Mahlgerste	133 to	blauer Mohn	— to	Grütze	— to
Braugerste	105 to	weißer Mohn	— to	Rapskuchen	— to
Roggenmehl	120 to	Futtererbsen	— to	Leinsamen	— to
Weizenmehl	85 to	Weißklee	— to	Mohnkuchen	— to
Viktor.-Erbs.	— to	Schwedenklee	— to	getr. Zuckerrüb.	— to
Folger-Erbs.	— to	Gelbklee	— to	Nudeln	— to
Feld-Erbsen	15 to	Inkarnatklee	— to	Wicken	— to
Roggenkleie	70 to	Wundklee	— to	Rübensamen	— to
Weizenkleie	65 to	Gerstenkleie	— to	Pferdebohnen	— to
Blaue Lupinen	— to	Serradella	— to	Baldersb. Erbs.	15 to
Kartoffelflock.	— to	Klee	— to	Gemenge	15 to

Gesamtangebot 1469 to.

Bromberger Sämereipreise. Bromberg, 20. Januar. Firma St. Szukalski, Bydgoszcz, notierte in den letzten Tagen pro 100 kg: Rotklee 130—200, Weißklee 80—110, Schwedenklee 80—110, Gelbklee enth. 75—95, Gelbklee i. Kappen 40—45, Wundklee 90—115, Inkarnatklee 75—85, englisches Raygras 50—60, Timothee 23—28, Seradella 9—11, Sommerwicken 12,00—14.00, Peluschken 12—14, Winterwicken 30—40, Viktoriaerbsen 20—24, Felderbsen 15—17, Grünerbsen 20—24, Raps 41—45, Sommerrübsen 38—42, Leinsaat 36—40, Weißmohn 60—70, Blaumohn 50—58, Senf 16—18, Buchweizen 16—18, gelbe Lupinen —,—, blaue Lupinen —,—.

Danziger Getreidebörse vom 19. Januar. (Nichtamtlich.) Weizen, 130 Pfd., 11,60 Roggen 9,00—9,10, Gerste, feine 10,20—10,50, Futtergerste 9,00—10,00 Viktoriaerbsen 16,25—17,00, Roggenkleie 6,50 bis 6,70, Weizenkleie 7,50—7.75 G. per 100 kg frei Danzig.

Das Geschäft konnte noch nicht in Gang kommen. Für 115 pfd. Durchschnittsgerste wurden zum Export Preise von G. 8,80 per 100 kg genannt.

Roggen ist mit G. 9,00 **verkäuflich, während guter Weizen mit G. 11,60 abzusetzen ist.**